

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 180 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 2/2010 VOM 29. JANUAR 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Kein Neujahrsempfang im Brandenburgischen Viertel**
Bürgermeister erteilte einen »Korb«

6 | **Was ist ein »bürgerlicher Landrat«?**
Die Bedeutung einer Wahlaussage

8 | **Zwanzig Jahre und kein bißchen leiser!?**
Behindertenverband feierte Jubiläum



Krise des lokalen politischen Systems

Damen und Herren aus vier Parteien des Landkreises Barnim zeigten dem aufmerksamen Beobachter im Zusammenhang mit der direkten Wahl des Landrates wie sie an der politischen Meinungsbildung mitwirken. Schon eine chronologische Zusammenstellung der Ereignisse macht ihren ausgeprägten Eigennutz sichtbar. Ihr lokales politisches System, das Ihnen relativ unverdient Arbeit, Wohlstand und Macht eingebracht hat, ist nun stark gefährdet. Neuigkeiten auf dem Barnimer Weg sind zu berichten.

Die Kreistagsabgeordneten wählten in den Jahren 1990, 1993, 2002 Herrn Bodo Ihrke wie selbstverständlich als Vertreter der größten Fraktion zum Landrat des Landkreises Barnim. Besondere Qualifikationen wurden im Jahr 1990 nicht nachgefragt und waren dannach unterstellt. Unter seiner Führung hat sich das lokale politische System des Landkreises Barnim etabliert. Er stand an dessen Spitze als ein relativ unsichtbarer Landrat, der die Verwaltung nach den Prinzipien Sicherheit, Geheimhaltung und Autorität leitete und heikle Fragen im Landkreis wie die Schwierigkeiten der Abwasserzweckverbände, der Kommunalreform und diverse BÜgebewegungen weitgehend aussaß. Hervorzuheben ist das unbedingte Fehlen politischer Visionen. Als Resultat lassen sich ein ausgeglichener Haushalt, ein modisches Kreishaus, ein Klinikkonzern und eine Vielzahl ungelöster Probleme ermitteln. Auffällig ist die verbreitete Angst vieler Angestellter in der Kreisverwaltung vor eigenen Entscheidungen und die vielen Nutznießer. Örtliche Abgeordnete im Landtag und Bundestag sowie wohlgesonnene Landesminister und Generalsekretäre sicherten dieses besondere lokale politische System von außen ab. Seit Jahren bröckeln nun seine Fundamente vor sich hin.

Nach den Kreistagswahlen in den Jahren 2003 und 2008 verging die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei im Kreistag. Die Linken stellen seitdem die größte Fraktion. Ihr Barnimer Weg stellt die Kooperation der politischen Kräfte zum Wohl der Einwohner des Landkreises vor die Konfrontation und den Kampf um Posten. Im Jahr 2007 beschloß der Landtag eine neue Kommunalverfassung für Brandenburg, nach der ab dem Jahr 2010 der Landrat bevorzugt direkt durch die Bürger des Landkreises und nur unter besonderen Bedingungen durch den Kreistag gewählt wird.

Eine direkte Wahl des Landrates stärkt die demokratischen Rechte der Bürger des Landkreises Barnim. Folgerichtig stellte die sozialdemokratische Fraktion in der 4. Sitzung des Kreistages im April des Jahres

2009 zur umgehenden Bewältigung der allgemeinen Wirtschaftskrise den Antrag, auf die direkte Wahl des Landrates zu verzichten. Schon um Kosten zu sparen und das lokale politische System nicht zu gefährden sollten schnell Tatsachen geschaffen werden. Der Kreistag lehnte diesen Antrag unter dem Eindruck einer Bürgerbewegung in der benachbarten Uckermark mit sehr knapper Mehrheit ab und sprach sich für die direkte Wahl des Landrates aus. Um die Wahlbeteiligung in der direkten Wahl zu steigern und zur besinnlichen Vorbereitung an den Feiertagen, wurde die Wahl auf den 10. Januar 2010 gelegt.

Mit der Bundestagswahl und der Landtagswahl im September des Jahres 2009 verlor das lokale politische System auch seine äußeren Stützen. Nun gab es die örtlichen Minister, Generalsekretäre, Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten nicht mehr. Nach kurzem Überlegen gingen die Nutznießer des lokalen politischen Systems zur Konfrontation über. Von nun an geht es um alles oder nichts. Vorbei mit der Kooperation und dem Schlendern auf dem Barnimer Weg. Zuerst wählten die Wahlverlierer SPD und CDU gemeinsam mit kleineren Parteien im Kreistag Barnim im Oktober auf Vorschlag des Landrates Ihrke unter dem Gesichtspunkt seiner Bestenauslese den Verlierer der Bürgermeisterwahl in der Stadt Eberswalde, Herrn Carsten Bockhardt, zum 1. Beigeordneten des Landkreises Barnim.

Danach ging es richtig los. Man konnte einen Wahlkampf wie für das Amt des Präsidenten der USA beobachten. Mit wirklich allen legalen Mitteln der Kreisverwaltung, der sozialdemokratischen und der christlichdemokratischen Partei, einschlägig bekannten Unterstützern und viel Geld formierte sich das bunte Bündnis der Wahlverlierer. Die lokale Presse und die Landesregierung rochen den Braten und hielten sich auffallend zurück. Stattdessen mußten sich die Leute Unmengen bunter Broschüren, werbender Annoncen, einfallloser Fotografien, platter Sprüche, eine Vielzahl von Einweihungen und das allgegenwärtige Gesicht von Herrn Bodo Ihrke vor Solarplatten gefallen lassen. Sogar Amtsträger von Städten, Ämtern und Gemeinden stellten sich für ihr lokales politische System zur Schau. Genützt hat es nichts. Diese allzu durchschaubare Kampagne stieß die Wahlbürger ab und leerte die Kassen der Parteien.

Die direkte Wiederwahl des Amtinhabers Ihrke scheiterte im ersten Wahlgang. Die mündigen Bürger schickten den letzten Amtsträger der sozialdemokratischen Partei aus dem Landkreis Barnim in den Ruhestand.

Fortsetzung auf Seite 2

Baumlos Bauen

Im Namen der »Initiative Baumlos Bauen in der Stadt« (IBBiS) bitte ich Sie, sehr geehrte Stadtverordnete, um Unterstützung. Sie wollen die Position der Baudezernentin in Ihrer Stadtverwaltung neu besetzen. Bitte achten Sie auf Kontinuität. Ihre Stadt gilt uns als musterhaftes Beispiel für baumloses Bauen in der Stadt. Da die Baudezernentin maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der Freiflächen hat, bitten wir Sie eine Persönlichkeit zu wählen, die baumloses Bauen in Eberswalde weiterführt und vervollkommenet.

Baumloses Bauen hat unbestreitbare Vorteile hinsichtlich der Baukosten, der Instandhaltung und Reinigung und ist für viele Menschen nachdrücklich ästhetisch. Was gibt es schöneres als weite, baumlose, gepflasterte Plätze und Höfe, freistehende Brücken und Hochhäuser sowie breite, sonnendurchflutete Straßen ohne störende Bäume.

Relativ einfach ist baumloses Bauen, wenn man einfach keine Bäume pflanzt. Da geltendes Recht dem entgegensteht, kommt es auf die Kreativität der Planer und Bauleute an, um baumloses Bauen umzusetzen. In Ihrer Stadt gibt es musterhafte Beispiele.

Das fängt schon bei der Auswahl der Bäume an. Die sollten vorzugsweise aus den feuchteren Gegenden Niedersachsens stammen, damit sie hier nicht so gut wachsen können.

Häufig wird in Ihrer Stadt das Einmauern praktiziert. Den ohnehin kleinen Wurzelraum zwischen den Borden der Pflasterflächen kann man durch Beton verringern und dort auch gleich die mineralischen Bauabfälle verstecken. Eine besonders effektive Methode ist das Pökeln. Dazu streut man Salz auf den Schnee und türmt diesen dann auf die Baumscheibe. So wird der Boden im Wurzelraum nachhaltig gesalzen. Die Kombination von Einmauern und Pökeln führt garantiert zum Erfolg.

Weit verbreitet ist auch das Krankpflegen aus verkehrstechnischen Gründen oder der erlösende Schnitt altershalber. Daneben führen Wurzelbehandlungen bei Erdarbeiten, scheinbares Wässern in Trockenphasen, Überdüngen durch Hundekot, Parken auf Baumscheiben und Rindenschnitzen zum Erfolg. Besonders renitente Bäume kann man in drei Meter Höhe Köpfen und dann längere Zeit am Pranger stehen lassen, bevor der finale Wurzelhalsschnitt freien Raum schafft.

Wir führen in ihrer Stadt jährlich Veranstaltungen zur Weiterbildung unserer Mitglieder sowie Führungen durch und erwägen, einen Lehrstuhl für baumloses Bauen an der Eberswalder Hochschule für nachhaltige Entwicklung mit einer bedeutenden Summe finanziell zu unterstützen. Denken Sie daran, Sie haben Ihren guten Ruf, ein Alleinstellungsmerkmal und nicht unbeträchtliche Einnahmen zu verlieren.

LARS ZIEGLER, Vorstand der Initiative Baumlos Bauen in der Stadt (IBBiS)

Fortsetzung von Seite 1

Krise des lokalen politischen Systems

Am 22.01.2010, um 13 Uhr, beschloß er seine Karriere als Landrat. Vielleicht hätte er sich etwas mehr mit den tatsächlichen Problemen der Leute beschäftigen sollen?

Leider fand auch das kooperative Modell des Barnimer Weges der Linken nicht genügend Freunde. Man hätte seine politischen Ziele auch offensiver vertreten können.

Bodo Ihrke und Margitta Mächtig traten demzufolge am 24.01.2010 in der Stichwahl nochmals an. Die Kampagne zur Stichwahl wurde vom Bündnis der Wahlverlierer nur halbherzig geführt. Offensichtlich war Ihnen das Geld ausgegangen. Oder dämmerte es einigen, auf dem falschen Pferd zu sitzen? Jedenfalls waren die gute Laune dahin und erste Distanzierungen erkennbar. Daran änderte auch nichts, daß das Ihrke-Team unanständigerweise noch am Wahltag selbst eine Anzeige in der Sonntagszeitung schalten ließ.

In der Stichwahl gingen noch weniger Wähler in die Wahllokale und beide Kandida-

ten erreichten das erforderliche Quorum wiederum nicht. Vor unseren staunenden Augen zerlegt sich das lokale politische System weiter und die wirklichen Probleme bleiben ungelöst. Anscheinend war die Konfrontation zwischen den Parteien auch bei diesen Wahlen nicht wirklich hilfreich.

Nun ist es an den Linken, daß sie die Führung auf dem Barnimer Weg übernehmen. Bis zur Wahl des Landrates durch die Kreistagsabgeordneten vergehen einige Monate. Diese Zeit kann man nutzen, um wichtige politische Projekte zu beginnen und Verbündete zu finden. Mit der folgenden Ausschreibung für das Amt des Landrates werden die Abgeordneten des Kreistages hoffentlich den Besten wählen. Die Kandidaten tun gut daran, weiterhin auf dem Barnimer Weg zu gehen, denn sie kommen an der Kooperation mit der größten Fraktion nicht vorbei, sollen sie erfolgreich sein.

Dr. agr. MANFRED PFAFF,
OT Altenhof, Schorfheide

»Specht« zwangsversteigert

Eberswalde (prest-ew). Das Areal des Gebäudekomplexes »Specht« im Brandenburgischen Viertel wurde am 7.1.2010 zwangsversteigert. Die Stadtverwaltung Eberswalde hatte sich

daran beteiligt, aber nicht den Zuschlag erhalten. Mit dem neuen Eigentümer wird die Stadt zur Klärung der geplanten Nutzung in Kontakt treten.

Der Winter hat Eberswalde im Griff



Der Winter hat nicht nur Eberswalde fest im Griff. Zum Glück ist seit 14 Tagen kaum noch Schnee gefallen. Aber die starken Schneefälle zuvor haben zu chaotischen Zuständen auf Eberswalder Straßen geführt. Die Stadt war nicht in der Lage, im eigenen Verantwortungsbereich vertretbare Straßenverhältnisse herzustellen. Aber auch viele Grundstücksbesitzer in Anliegerstraßen der Stadt erfüllten ihre Winterdienstpflicht unbefriedigend. Es gab jedoch auch positive Beispiele. So haben die Anlieger der Erich-Weinert-Straße ihre Straße von Bordsteinkante bis Bordsteinkante von Schnee freigegeben. Dies war jetzt wieder möglich, weil die Fahrbahn im Oktober im Rahmen der Straßenunterhaltung vorbildlich geschoben und verdichtet worden war und dabei auch die Rinnsteine wieder zum Vorschein kamen. Die Anlieger staunten aber nicht schlecht, als ihnen auf der vom Schnee geräumten Straße ein Schreiben der Stadt mit der Mahnung zur Winterdienstpflicht einschließlich Strafdrohung ins Haus flatterte. Ähnlich soll es übrigens auch Frau Boginski gegangen sein, was offenbar dazu beitrug, daß wenige Tage später seitens der städtischen Pressestelle eine Entschuldigung verbreitet wurde.

Vorschlag vom Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn:

Neujahrsempfang 2011 im Brandenburgischen Viertel

Eberswalde (bbp). Anfang Januar hatte sich der Ortsvorsteher mit einem Brief an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski gewandt. Bezugnehmend auf den Neujahrsempfang im Stadtteil Westend schlug er vor, im nächsten Jahr den Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde im Brandenburgische Viertel durchzuführen. Brief und Vorschlag sandte er auch an die örtliche Presse. In dem Brief schreibt Carsten Zinn:

Als Ortsvorsteher habe ich die Hoffnung, aber auch die Erwartung, daß zukünftig beiderseitig ein Agieren auf gleicher Augenhöhe erfolgt im Interesse der nicht einfachen Aufgaben und der immer komplizierter werdenden Herausforderungen durch Entscheidungen auf

Bundes-, Landes- und kreislicher Ebene, die natürlich auch Auswirkungen für die Stadtpolitik aber auch für unseren Ortsteil haben wird.

Wenige Tage vor dem Eberswalder Neujahrsempfang 2010 wende ich mich mit einer Bitte an Sie. Nachdem der Ortsteil Eberswalde 1, (Maria-Magdalenenkirche und Forstbotanischer Garten) sowie die Ortsteile Finow (Walzwerk Finow) und Eberswalde 2 (Sportzentrum Westend) GastgeberInnen der eindrucksvollen Neujahrsempfänge der Stadt Eberswalde sein durften, wäre es doch an der Zeit, daß der Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel Gastgeber für den Eberswalder Neujahrsempfang ist. Da der SeniorInnenbeirat und das Kinder- und Jugendparlament ihren »Stamm-

sitz« im Brandenburgischen Viertel haben, schlage ich vor, den Neujahrsempfang 2011 unter einer generationenübergreifenden Thematik zu stellen.

Der Neujahrsempfang selber könnte auf dem Potsdamer Platz unter Einbeziehung der Sporthalle »Schwäzese«, dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus und der Grundschule Schwäzese« erfolgen. Die traditionelle Spendenaktion sollte, so mein Vorschlag, zugunsten der Aktivierung der Freifläche (ehemals Einsteinschule) für eine sinnvolle Freizeit- und Sportgestaltung insbesondere für die SchülerInnen der Grundschule Schwäzese« erfolgen.**

Bitte prüfen Sie meinen Vorschlag hinsichtlich der Machbarkeit.

Antwort des Bürgermeisters:

Ein »Korb« für das Brandenburgische Viertel

Eberswalde (bbp). Mit Datum 12. Januar antwortete Bürgermeister Friedhelm Boginski auf den Brief von Ortsvorsteher Carsten Zinn.

Zu dessen Anspruch zu einem »Agieren auf gleicher Augenhöhe« schreibt Boginski: »Das neue Jahr wird uns, wie Sie es auch in Ihrem Schreiben darstellen, vor große Herausforderungen stellen. Deren Lösung bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller Verantwortungsträger gemäß den ihnen zugewiesenen Aufgaben und Kompetenzen.«

Hinsichtlich des Vorschlags, den Neujahrsempfang 2011 im Brandenburgischen Viertel durchzuführen, erklärt der Bürgermeister, »daß der Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde primär im Zeichen eines bestimmten Themas stattfindet«. Als Themenkomplexe nennt er »Historie der Stadt Eberswalde«, »Wirtschaft und Industrie in Eberswalde« und »Hochschulstandort Eberswalde«. Der diesjährige Neujahrsempfang stehe »bekanntermaßen im Zeichen des Ehrenamtes, ein Bereich, der mit Ihren Anregungen für das

Jahr 2011 augenscheinlich recht weit übereinstimmt«. Carsten Zinn hatte eine »generationenübergreifende Thematik« vorgeschlagen.

»Darüber hinaus«, so Boginski weiter, »erfolgen die Planungen für die Neujahrsempfänge längerfristig. Insoweit sind die Entscheidungen für die Themen und die Veranstaltungsorte der Neujahrsempfänge 2011 und 2012, die nach meiner Überzeugung auf große Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger des Brandenburgischen Viertels stoßen werden, bereits getroffen worden.«

Stadtteilzeitung im Brandenburgischen Viertel:

Willkür entscheidet über Inhalte

Mitte vorigen Jahres begann für die Stadtteilzeitung »Ein- und Ausblicke« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde ein neuer Abschnitt. Seit etwa fünf Jahren im Hochglanzformat in hohen Stückzahlen verteilt, hielt sich das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in engen Grenzen. Ein anderes Format, ein andere inhaltliches Herangehen, eine terminliche Verdichtung des Erscheinens und vor allem die Einbeziehung von Einwohnerinnen und Einwohnern des Viertels sollte das Blatt informativer und attraktiver machen.

Es wurden neue Leute zur Mitarbeit gewonnen. Als Mitglied des Sprecherrats des Brandenburgischen Viertels war auch ich dazu bereit. Es entstand ein Redaktionskollektiv mit, gegenüber dem bisherigen Stand, hohem Anteil ehrenamtlich Tätiger. Ein neues Layout wurde entworfen, der Druck war nicht mehr Hochglanz, dafür aber auf monatliches Erscheinen optimiert.

Allerdings blieb die Bereitschaft der Stadtverwaltung, sich auf Neues einzulassen, begrenzt. Insbesondere verhallte die Forderung

nach Publizistischen Grundsätzen gemäß Presseggesetz, die von der Stadtverwaltung als Herausgeberin als Rahmensetzung für die Zusammenarbeit von Redaktion und Herausgeberin abverlangt wurden, ungehört. Vielmehr wurde von vornherein als Selbstverständlichkeit festgelegt, daß die jeweilige Ausgabe der Stadtteilzeitung erst nach Durchsicht durch den zuständigen Dezernenten Lutz Landmann, »freigegeben« wurde.

Kritik an diesem Verfahren wurde zurückgewiesen. Es ginge doch nur um die sachliche Richtigkeit der Beiträge. Befürchtungen, hier solle inhaltliche Zensur geübt werden, seien völlig unbegründet.

Mit der Januar-Ausgabe der »Ein- und Ausblicke« erhielten leider genau diese Befürchtungen eine hundertprozentige Bestätigung.

Die neue Redakteurin Sophie Ludwig, seit Dezember per Kommunal-Kombi hauptamtlich bei der Stadt angestellt, hatte den Brief des Ortsvorstehers Carsten Zinn, in welchem er die Durchführung des nächsten Neujahrsempfangs im Brandenburgischen Viertel vorschlug,

für die Januarausgabe vorgesehen. Der Entwurf wurde wie gewohnt vorab zur Fehlerkorrektur an alle Redaktionsmitglieder geschickt. Es dauerte nur kurze Zeit, daß ein neuer Entwurf in die Runde ging. Der Brief des Ortsvorstehers war durch einen allgemeinen Beitrag zur »Bildungsoffensive Barnim«, völlig ohne Bezug zum Viertel, ersetzt worden. Zur Begründung hieß es, der Bürgermeister, an den der Brief von Ortsvorsteher Carsten Zinn gerichtet war, habe noch keine Gelegenheit gehabt, den Brief zu lesen. Punkt. Über die Absurdität der Begründung will ich mich hier nicht auslassen.

Fazit: Ein gültiger Rahmen in Form der gesetzlich geforderten Publizistischen Grundsätze wird seitens der Herausgeberin Stadtverwaltung verweigert. Stattdessen behält es sich der verantwortliche Dezernent vor, ohne Regel – also willkürlich – über das Erscheinen oder Nichterscheinen von Artikeln zu entscheiden.

Unter diesen Umständen war ich leider gezwungen, meine Mitwirkung an der Stadtteilzeitung »Ein- und Ausblicke« einzustellen.

GERD MARKMANN

Der »Deichgraf«-Imitator

Die »Märkische Oderzeitung« kann zuweilen richtig hinterföchtig böse sein.

An seinem vorletzten Arbeitstag als Landrat wollte sich Bodo Ihrke noch einmal vor den Pressefotografen ins rechte Licht rücken. Ihrkes Wahlkampf-Crew hatte sich daran erinnert, welche Popularität Matthias Platzeck im Zusammenhang mit dem Oder-Hochwasser in den 90er Jahren hatte erringen konnte. Damals bekam Platzeck den Beinamen »Deichgraf«.

»Die Oder im Bereich des Landkreises Barnim steigt zur Zeit leicht an«, teilte die Pressestelle des Landkreises in der Woche vor der Landrats-Stichwahl mit. Zwar sei die Lage entspannt, »mit andauerndem Frost wird jedoch die Eisstandsgrenze stromaufwärts voranschreiten«. Das bringe »in der Regel steigende Pegel mit sich«.

Also ward die Presse eingeladen, um Bodo Ihrke drei Tage vor der Stichwahl bei einer Besichtigung der »Deiche im Oderabschnitt des Barnims« zu begleiten. Kreisbrandmeister Silvio Salvat-Berg erhielt Gelegenheit, über die Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu informieren und Bodo Ihrke, sich den Pressekameras zu stellen.

Die lokale Tageszeitung ließ sich diese herrliche Gelegenheit nicht entgehen. Bodo Ihrke ließ sich in »Deichgraf«-Pose ablichten und ließ sich sogar noch das Zitat abluchsen: »Wenn Hochwasser droht, muß der Barnim-Landrat auf den Deich«.

Spaziergänger im Park am Karl-Marx-Platz in Eberswalde, so war zu hören, wunderten sich am Abend des Tages über das laute Gelächter, das aus den MOZ-Redaktionsräumen schallte.

GERD MARKMANN

»Bildungsinitiative Barnim«

Dummheit oder Fahrlässigkeit?

Keine Straßeneinweihung, keine Tagung und keine Veröffentlichung durch den Landkreis Barnim ohne eigenes Schulterklappen über die gestartete »Bildungsinitiative Barnim«. Die mit über 1 Million Euro geförderte Initiative ist eine Reaktion der Politik auf das abnehmende Bildungsniveau in unserem Land, die Pisa-Studie soll als Beispiel dafür reichen.

Der Landkreis untersucht nun mit sieben Personalstellen (!) die Gründe für diese Bildungsmisere. Zum Beispiel sollen die Übergänge der Kinder von der Kita zur Grund- und Oberschule untersucht werden.

Erst läßt der Landkreis die Oberschule »Albert Einstein« im Brandenburgischen Viertel abreißen und dann gibt er Millionen dafür aus festzustellen, daß der Übergang seitdem noch schwieriger geworden ist. Ist das eigentlich Dummheit oder Fahrlässigkeit?

Seit Jahren kämpfen die Kitas für einen besseren Personalschlüssel. Wir, in der Kita »Arche Noah« haben an den Minister geschrieben, Luftballons steigen lassen, Unterschriften sammeln und immer wieder wurden wir vertröstet: Kein Geld. Plötzlich stehen über eine Million Euro für Analysen zur Verfügung. Der Landkreis könnte die Mitarbeiterinnen der Kita »Arche Noah« fragen, ganz kostenlos würde er Auskunft darüber erhalten, wo die Bildungsmisere im Kitabereich liegt. Ist das nun Dummheit oder Fahrlässigkeit im Umgang mit Steuermitteln?

Der Landkreis will u.a. fördern, daß Kita-Kinder ihre Unterstufenlehrerinnen kennen lernen. Das ist längst überall Standard. Die Grundschule »Zum Schwärzensee« im Brandenburgischen Viertel benötigt eher Geld dafür,

daß man die Fenster öffnen kann, um frische Luft in die Klassenzimmer zu lassen.

Der Landkreis und insbesondere der (ehemalige) Landrat Ihrke stehen auch unter Verdacht, diese Bildungsinitiative zu mißbrauchen. »Ganz zufällig« erhielt jeder Haushalt eine Glanzbroschüre zur Initiative, kurz vor der Landratswahl, in den Briefkasten.

Was ich überhaupt nicht akzeptieren kann ist, daß der Landkreis Barnim nur seine Schulen technisch neu ausstattet. Der Landkreis legt quasi Eigenmittel – die immer noch unsere Steuermittel sind – auf die Bildungsinitiative drauf. Der Landkreis benutzt diese Steuermittel zur Ausstattung nur der eigenen Schulen. Es gibt aber noch mehr Schulen im Landkreis. Das ist eine Bevorzugung kreislicher Schulen aus Steuermitteln.

Was soll nun diese ganze Bildungsinitiative? In einer Arbeitsgruppe von Praktikerinnen und Praktikern der sozialen Arbeit wurde es neulich so gesagt: »Vielleicht gibt es Ergebnisse, auf die Minister/innen einmal hören?« Wenn sie jetzt lachen müssen, dann kann ich das gut verstehen. Das Lachen wird uns schon vergehen. Denn die Bildungsinitiative untersteht dem Dezernenten Dr. Mocek.

Wie Dr. Mocek Bildung versteht, können wir alle sehen: den Abriß der Einstein-Schule peitschte er durch und die Menschen im Stadtteil waren ihm egal; dem Ministerium schrieb er ohne Berechtigung einen Brief, daß wir keine Freien Schulen mehr im Landkreis Barnim brauchen; ihm verdanken wir die schönen neuen Eberswalder Schulkomplexe, die Schülerinnen und Schüler vorsortieren.

HARTWIN SCHULZ

Neue Führung in der FDP Eberswalde

Eberswalde (fdp). Am 11. Januar 2010 fand in den Räumen der Gesellschaft für Bildung, Forschung, Strategie und Entwicklung mbH (GBFSE mbH) der diesjährige Ortsparteitag der Eberswalder Liberalen statt. Der stellvertretende Ortsvorsitzende, Ingo Postler freute sich, nunmehr nicht nur den Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Friedhelm Boginski, sondern auch den frisch gewählten Landtagsabgeordneten Gregor Beyer in den eigenen Reihen begrüßen zu dürfen.

Nach den Rechenschaftsberichten des Vorstandes und des Schatzmeisters kam es zu einer lebhaften Diskussion unter den anwesenden Parteimitgliedern.

In der anschließenden Neuwahl des Ortsvorstandes kandidierte der Forstsachverständige Stephan Fischer (38). Er wurde mit deutlicher Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt und wird nun für ein Jahr die Geschäfte der Eberswalder Liberalen führen. Als Stellver-



Der neu gewählte Vorstand der FDP-Eberswalde: Ingo Postler, Götz Trieloff, Stephan Fischer, Martin Hoeck, Robert Frenz und Alexander Blum (v.l.n.r.). Nicht auf dem Foto ist der neue Schatzmeister Mike Pfister.

treter stehen ihm Ingo Postler und Alexander Blum zur Seite. Die Finanzen werden künftig von Mike Pfister verwaltet werden. Als Beisitzer sind im Vorstand weiterhin Robert Frenz und Martin Hoeck vertreten. Komplettiert wird das Gremium vom Vorsitzenden der

Eberswalder Stadtfraktion der FDP, Götz Trieloff, der kraft Amtes im Vorstand vertreten sein wird. Weitere aktuelle Infos, z. B. zum liberalen Stammtisch oder zu den öffentlichen Sitzungen in Finow, Finowfurt und Chorin, sind unter www.fdp-eberswalde.de zu erhalten.

Empörung bei der FDP Barnim

Vergleich mit Nationaler Front war »verbale Entgleisung«

Eberswalde (fdp/bbp). »Wir freuen uns, daß der aus unserer Sicht beste Kandidat auch die mit weitem Abstand meisten Stimmen auf sich vereinen konnte«, erklärte der Kreisvorsitzende der FDP Barnim Gregor Beyer nach dem ersten Wahlgang der Landratswahl am 10. Januar. Die FDP Barnim hatte sich bereits im Vorfeld für eine Unterstützung des Amtsinhaber entschieden und hielt an dieser Position zur Stichwahl am 24. Januar fest. Enttäuscht sei man von der geringen Wahlbeteiligung. »Wir sollten nicht zu einfachen Erklärungen greifen und die niedrige Beteiligung mit dem Wetter rechtfertigen«, so Beyer. Für die Stichwahlen wollten die Liberalen versuchen, alle Kräfte zu mobilisieren und den Bürgerinnen und Bürgern den Wert der Möglichkeit zur direkten Mitbestimmung über den Barnimer Amtsinhaber zu verdeutlichen.

»Zutiefst empört«, heißt es in der Pressemitteilung, »zeigte sich der Kreisvorsitzende von einer noch am späten Abend im BAR-Blog zu lesenden

Erklärung von Frau Mächtig. Diese hatte darin die SPD, die CDU, die FDP und Bündnis90/Grüne mit der Nationalen Front der DDR verglichen.« Dazu sagte Beyer: »Frau Mächtig scheint ein überaus krudes Geschichtsverständnis zu pflegen – ich empfehle ihr zu realisieren, daß, wenn man mit dem Finger auf Personen zeigt, vier Finger der eigenen Hand immer auf einen zurückweisen.«

Wenn demokratisch legitimierte Parteien sich zur Unterstützung einer Person entscheiden, die nicht der eigenen Partei angehört, dann habe das etwas mit Verantwortungsbeußtsein dem Barnim und seinen Menschen gegenüber zu tun. »Dieses mit einer Organisation zu vergleichen, deren Aufgabe darin bestand, im Auftrag eines undemokratischen Staates Scheinwahlen zu organisieren, kann man nur als eine verbale Entgleisung bezeichnen, die sowohl für eine Landtagsabgeordnete als auch für eine Landratskandidatin mehr als befremdlich ist«, so Gregor Beyer.

Wie steht es bei uns mit der politischen Kultur?

Der Redakteur der BBP kritisiert in der Ausgabe 1/2010 die einseitige Parteinahme des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde für einen Landtagskandidaten. Eine durchaus berechtigte Kritik, wie ich meine. Er bezeichnet die öffentliche Stellungnahme für den Amtsinhaber gar als eine Form des Amtsmissbrauchs. Dieser Vorwurf geht zu weit. Ich hätte dem Bürgermeister allerdings etwas mehr Fingerspitzengefühl gewünscht.

Nun hat jedoch der gleiche Redakteur eine Ausgabe der BBP zusammengestellt, die absolut einseitig einen anderen Kandidaten, genauer die Kandidatin unterstützt. Die Ausgabe geht sogar so weit, daß diese Kandidatin bereits vorab als neue Landrätin angesprochen wird. Die beiden männlichen Kandidaten werden überhaupt nicht erwähnt – mit Ausnahme der Schelte für den Bürgermeister der Kreisstadt, die auch den Amtsinhaber trifft. Die ganze, um eine Woche vorgezogene Ausgabe hat der BBP-Vereinsvorsitzende gar als einen Beitrag zur Verbesserung der politischen Kultur bezeich-

net. Das war nun in der Tat ein wenig unbescheiden.

Es ist festzustellen, daß der Name des einzigen unabhängigen Kandidaten, Dr. Frank Valentin, von der unabhängigen Leserzeitung – so bezeichnet sich die BBP – nicht ein einziges Mal gedruckt wurde. Mit politischer Kultur hat das wahrlich nichts zu tun!

Nun haben wir erlebt, daß die Menschen – ich beklage das ausdrücklich – die Direktwahl gar nicht wollen, jedenfalls nicht wirklich. Hier irrte BBP zum ersten Mal. Wenig mehr als 22 % Wahlbeteiligung sprechen Bände. Das hat Gründe. Einer ist sicher die Parteienverdrossenheit, die Unzufriedenheit mit allen politischen Parteien. Die massive Unterstützung durch BBP hat der Kandidatin nicht geholfen. Sie ist weit davon entfernt, Landrätin zu werden. Hier irrte BBP zum zweiten Mal. Oder hätte es – ohne BBP – noch schlimmer kommen können? Die Leser fragen sich aber, ob sie mit der BBP wirklich eine unabhängige Leserzeitung abonniert haben. Deutlicher als mit der Ausgabe 1/2010 kann man Parteilichkeit, hier für die Partei DIE LINKE, kaum dokumentieren. Nun ist Parteilichkeit grundsätzlich eine gute Eigenschaft, wenn man mit seiner Partei auf der Seite von Demokratie und Recht und Bürgernähe steht. Die BBP sollte jedoch wenigstens so ehrlich sein wie der Bürgermeister und sich zu ihrer Parteilichkeit auch bekennen. Wie heißt es doch so treffend? Wer selbst im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen! Bemühen wir uns alle um mehr Ehrlichkeit und Parteilichkeit, um eine gute politische Kultur, dann werden die Menschen auch wieder zur Wahl gehen!

JOHANNES MADEJA,

Kreistagsabgeordneter BVB/ 50 plus

Der Ihrke-Haushalt

Am 21. Januar wurde im Finanzausschuß des Kreistages der Entwurf des Haushalts 2010 vorgestellt. Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise und der Milliarden des Bundes für die Bankenrettung sind alle Kommunen und Landkreise in einer schwierigen Situation. Aber negative Botschaften zur Finanzlage sind keine guten Wahlkampfarmumente, wenn der Amtsinhaber sich erneut zur Wahl stellt. Deshalb wurde der Haushaltsentwurf auf die Zeit nach dem Wahltermin 10. Januar 2010 verschoben. Ohne Vorliegen des Haushaltsentwurfs waren aber schon mal positive Botschaften zu vernehmen, nämlich daß der Haushalt, wenn auch unter Einsatz von Reserven, ausgleichend sein würde.

Das war die Botschaft an den Wähler: Der Landkreis gehört zu den stabilsten im Lande. Selbst in Krisenzeiten haben wir einen ausgeglichenen Haushalt – Dank Landrat Ihrke. Und kein anderer als Bodo Ihrke kann uns sicher durch die Krise führen.

Nun hat aber die Direktwahl nicht im ersten und auch nicht im zweiten Wahlgang zum Ziel geführt. Vielmehr muß der Landrat doch wieder vom Kreistag gewählt werden. Der Haushaltsentwurf liegt jetzt auf dem Tisch und muß vor der Landratswahl im Kreistag diskutiert und beschlossen werden. Als er den Haushaltsentwurf am 21. Januar im Finanzausschuß vorgestellt, zeichnete Finanzdezernent Dr. Mocek ein düsteres Bild der finanziellen Zukunft des Landkreises. Dank der Reserven können wir noch ein Jahr so weitermachen, wie bisher. Dann aber müssen Lösungen her.

In einer ersten Äußerung zum Haushaltsentwurf hatte ich kritisch festgestellt, daß die Finanzkrise schon viel früher zu Reaktionen hätte führen müssen. Bereits im Haushaltsjahr 2009 hatte ich wiederholt zum sparsamen Einsatz der Finanzmittel aufgefordert, was leider ignoriert wurde. Auch in laufender Sitzung stand eine Vorlage zur Entscheidung, 500.000 Euro in eine Stiftung als Stiftungskapital zu geben. Eine weitere Vorlage beinhaltete die Installation einer Notstromanlage für das Paul-Wunderlich-Haus für 375.000 Euro. Leider wurden beide Vorlagen vom Ausschuß mehrheitlich bestätigt. Noch lautet die Devise: weiter so.

Ingesamt 5 Millionen Euro aus der Rücklage sollen zum Haushaltsausgleich 2010 eingesetzt werden. Damit sind die kreislichen Rücklagen dann aber auch aufgebraucht. Für die Folgejahre stehen dann keinerlei Reserven mehr zur Verfügung. Das unterstreicht die Notwendigkeit, den ersten Haushaltsentwurf auf den Prüfstand zu stellen und jede Ausgabe auf ihre zwingende Notwendigkeit und Effektivität zu prüfen – ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten von Landratskandidaten.

ALBRECHT TRILLER

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Was ist ein »bürgerlicher Landrat«?

von Gerd Markmann

»Dem Barnim tut es gut, wenn auch in den nächsten acht Jahren ein bürgerlicher Landrat an seiner Spitze steht.« So war es zu lesen auf den Unterstützeranzeigen der Barnimer CDU für den SPD-Landratskandidaten Bodo Ihrke. Als klare Wahlaussage gemeint, weist die Wortfolge ein paar Eigentümlichkeiten auf, die eher Verwirrung stiften.

Falsch liegt wohl, wer den Landrat künftig auf der »Spitze« des Berges der unter Ihrkes Regie aufgeschütteten Deponie Ostende sucht. Dieser neue Berg, einer der höchsten im Landkreis, wurde am Rand des Barnim aufgeschüttet, bei dem es sich bekanntermaßen um eine eiszeitliche Hochfläche zwischen dem Eberswalder und dem Berliner Urstromtal handelt. Die CDU meinte eher die Gebietskörperschaft Landkreis, welche seit 1993 nach dieser glazialen Landschaft benannt ist. Wie dem auch sei, fraglich bleibt, wie ein Landrat einer Landschaft oder einer Körperschaft »gut tun« kann.

Der Landschaft würde gut tun, wenn ein Landrat dafür sorgt, landschaftsbestimmende Alleene zu erhalten, und das wilde Aufschütten ebenso landschaftsbestimmender Berge unterließe. Für beides hat der amtierende Landrat, den die CDU unterstützt, eher wenig getan.

Aber der Landschaft etwas Gutes zu tun, hatte die CDU ja auch nicht im Sinn. Vielmehr soll der neue Landrat der Gebietskörperschaft gut tun. Eine Gebietskörperschaft aber ist ein Abstraktum, eine juristische Person, beim Landkreis vergegenständlicht durch den Kreisrat, die Kreisverwaltung und den Landrat.

Die Körperschaft, und damit ihre Bestandteile, sind nach der Kommunalverfassung dem Allgemeinwohl verpflichtet. An einer Stelle heißt es sogar ganz konkret, dem »Wohle der Einwohner« (vgl. »Welche Aufgaben hat ein Landrat« in BBP 1/2010). Aber in der CDU-Forderung geht es nicht um das Wohl der Allgemeinheit und der Einwohner, sondern um das Wohl der Körperschaft und ihres Vorgesetzten.

Ein Landrat muß seiner Verwaltung nicht »gut tun«, vielleicht dadurch, daß er nichts tut. Ein Landrat muß vielmehr Gutes tun – zum Wohle der Einwohner.

Einiges klärt sich auf. In der Übersetzung liest sich die Forderung der CDU so: *Der Gebietskörperschaft Barnim (also dem Kreistag, der Kreisverwaltung und dem Landrat an deren Spitze) tut es gut, wenn auch in den nächsten acht Jahren ein bürgerlicher Landrat an seiner Spitze steht.*

Eine vollständige Tautologie – wäre da nicht das Attribut »bürgerlicher« angefügt. Der Landrat soll nach dem Gusto der CDU eine besondere Eigenschaft besitzen, er soll »bürgerlich« sein.

Was aber ist ein »bürgerlicher« Landrat?

In der schon erwähnten Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird der Begriff »Bürger« von dem die Eigenschaft »bürgerlich« ja abgeleitet ist, erklärt. In § 11 werden die Menschen der Gemeinden in Einwohner und Bürger unterschieden. Einwohner sind alle

Personen mit ständigem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Gemeinde, während als Bürger jene Einwohner bezeichnet werden, die bei Gemeindewahlen wahlberechtigt sind.

Die CDU will demnach – soweit sind wir nun – einen Landrat, der »Bürger« ist, also einen in einer Gemeinde des Landes Brandenburg wahlberechtigten Einwohner. Das ist eine deutliche Einschränkung gegenüber dem, was das Brandenburgische Kommunalwahlgesetz zuläßt. Dort heißt es in § 65, Absatz 2, der nach § 126 der Kommunalverfassung auch für die Wahl des Landrates durch die Bürger gilt: »Wählbar zum hauptamtlichen Bürgermeister oder Oberbürgermeister sind alle Personen, die 1. Deutsche oder Unionsbürger sind, 2. am Tage der Hauptwahl das 25. Lebensjahr, aber noch nicht das 62. Lebensjahr vollendet haben und 3. in der Bundesrepublik Deutschland ihren ständigen Wohnsitz haben.«

Die drei Kandidaten der Landratswahl im Januar sind »Deutsche« und hatten alle ihren Wohnsitz im Land Brandenburg, ja sogar im Landkreis Barnim. Damit erfüllen alle drei die von der CDU geforderten Voraussetzungen. Aus allen Kandidaten wäre demnach im Falle ihrer Wahl ein »bürgerlicher Landrat« geworden bzw. in einem Fall eine »bürgerliche Landrätin«.

Offenbar sind wir in einer Sackgasse angelangt und mit unserem Problem, was die CDU unter einem »bürgerlichen Landrat« versteht, keinen Schritt weiter. Auch wenn wir vermuten, die CDU meine einen »von den Bürgern gewählten Landrat«, bleiben wir an dieser Stelle stecken.

Das Attribut »bürgerlich« beschreibt offensichtlich eine besondere Eigenschaft, die Bodo Ihrke, dem die Charakterisierung »bürgerlich« gilt, gegenüber seinen Gegenkandidaten, insbesondere die Kandidatin der LINKEN Margitta Mächtig, auszeichnet. Sonst machte die explizite Erwähnung des Attributs »bürgerlich« keinen Sinn.

Die Wahlbürger in ihrer Gesamtheit werden, wie wir sahen, von der CDU nicht angesprochen. Vielmehr gibt es offenbar bürgerliche Bürger und nichtbürgerliche Bürger.

Bemüht die CDU hier etwa Begrifflichkeiten aus längst vergangenen geglaubten Zeiten, wie Klassen und Schichten? In der Soziologie findet der Begriff »bürgerlich« Verwendung bei der Einteilung der Menschen in soziale Gruppen. Die »bürgerliche« Sozialgruppe, auch Bürgertum genannt, umfaßt laut Wikipedia »weitgehend in sich heterogene Sozialgruppen, die sich, sei es durch ihre wirtschaftliche Selbständigkeit (Bessitz), sei es durch spezielle Berufsvorbereitung (Bil-

dung) auszeichnen und dadurch als Sozialgruppe bestimmte Vorrechte bezüglich Selbstverwaltung sowie Chancen zur Kontrolle sozialer Machtmittel zu erlangen vermögen«. Die »Kontrolle sozialer Machtmittel« durch eine soziale Gruppe, die ohnehin durch Besitz und Bildung bevorzugt ist, schließt automatisch die anderen Gruppen von dieser Kontrolle aus.

Da kommen wir dem Inhalt der CDU-Wahlaussage wohl schon näher. Allerdings beinhaltet die Aussage eine Lüge, wenn die gesamte soziale Gruppe, die im Landkreis als »bürgerlich« gelten kann, so mir nichts dir nichts von der CDU vereinnahmt wird. Viele sehen sich durchaus auf der anderen Seite, bei jenen, die ausgeschlossen sind, die nicht »dazugehören«.

Übrig bleibt als Zielgruppe der Barnimer CDU nur ein kleines Grüppchen, das über den unterstützten Kandidaten zu Nutznießern einer »Kontrolle über die sozialen Machtmittel« gehört. Die Floskel vom »bürgerlichen Landrat« umschreibt demnach das Ziel, einen solchen Zustand aufrechtzuerhalten. Klientelpolitik dürfte dafür ein passender Begriff sein.

Daher die Ablehnung des von der LINKEN vorgeschlagenen »Barnimer Wegs« auf dem »alle demokratischen Parteien, Vereine, Verbände und Institutionen gemeinsam Lösungen für Probleme suchen« würden. Denn das würde bedeuten, die »Kontrolle über die Machtmittel« demokratisch zu organisieren und damit ein Verzicht auf Privilegien.

Etwas überraschend ist, daß die CDU ihr Etikett »bürgerlich« dem SPD-Landratskandidaten anheftet. Dieses Absurdum kann nur so erklärt werden, daß die CDU die einstige Arbeiterpartei längst als »bürgerliche« Klientelpartei in ihrem Sinne sieht. So erscheint es tatsächlich berechtigt, den SPD-Landratskandidaten als »bürgerlich« zu denunzieren.

Fraglich ist, wie jemand, fixiert auf die Interessenvertretung einer kleinen Gruppe, die nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmacht, die laut Kommunalverfassung anstehenden Aufgaben eines Landrates erfüllen kann, nämlich das Gemeinwohl, das Wohl der Einwohner – und zwar aller – in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit ihrer Anzeige fordert die CDU Barnim ganz offen einen Landrat, der Klientelpolitik für eine Minderheit betreibt. Und sie erklären, daß ihnen der SPD-Kandidat Bodo Ihrke dafür geeignet erscheint.

Ex-Landrat Bodo Ihrke und die SPD Barnim haben dieser Unterstellung der CDU nicht widersprochen. Interessant auch, wer sonst noch dem Fähnlein der Klientelpolitiker hinterherläuft – womöglich in der Hoffnung, einen Brotsamen abzubekommen.

Nicht ein Schluck Freibier...

...für den SCHWEYK in der Eberswalder Bierakademie

Fast ein Vierteljahr war er verschollen, niemand wußte etwas über ihn, keiner hatte ihn gesehen und sein Platz im Cafe Einstein Unter den Linden blieb über Monate leer. Einzig die Barnimer Bürgerpost hatte in der Weihnachtszeit, gerade noch rechtzeitig für die Januar Ausgabe von einem Mitarbeiter des (geheimen) Amts für Gesprächsaufzeichnung (AGA) einen Gesprächsmitschnitt aus dem Einstein erhalten, der mit einiger Sicherheit auf den 13.10 2009 zu datieren ist.

Plötzlich saß er gemütlich in der Eberswalder Bierakademie und ließ sich das Schwarzbier munden.

»Es ist schon süffig, das Köstritzer, aber auch der Schwarze Abt läuft samtig die Kehle hinunter. Respekt.«

»Aber Herr Schweyk«, mahnt ihn die Redakteurin der MOZ, die ihn gleich erkannt und sich freundlich grüßend neben ihn gesetzt hat.

»Aber Herr Schweyk, Sie sind doch nicht zu einer Bierprobe nach Eberswalde gekommen, wenn wir uns hier auch in der Bierakademie befinden. Was führt Sie her? Bitte sagen Sie es unseren Lesern – freilich, ob die Redaktion das ins Blatt nimmt, dafür kann ich nicht garantieren, aber ich werde mein Bestes tun.«

»Eine große Hoffnung führt mich hierher, aber wenn ich es mir recht überleg, war es eher eine bittere Enttäuschung. Ihr habts doch jetzt Landratswahlen und da lese ich die Ankündigung: Ihr(k)e Wahl. Ein Barnimer für alle. Da hab ich mir gedacht, ach so der Ihrke zahlt für alle und ich hätte die freie Auswahl, also ein gutes Köstritzer, einen schwarzen Abt oder ein gutes Prager Schwarzbier, aber da muß ich was falsch verstanden haben, das war nur so von ihm dahergesagt, halt eine Redensart: Einer für alle. Alle für einen. Ich glaub das ist aus den Drei Musketieren. Das waren ja Kameraden von mir, wo ich noch gut gekannt und immer geschätzt hab, wens aus Franzosen waren, wo vor meiner aktiven Zeit gelebt, geliebt, gefochten und getrunken haben.«

Er setzt das Glas an und trinkt den drei Musketieren, die streitlustig vor seinem Auge stehen zu: »Einer für alle! – zum Wohl die Herren!« Er setzt das Glas ab, wischt sich den Schaum vom Mund und fährt mit zögerlicher Stimme fort:

»Ja, alle für einen – das dürfte schon eher zutreffen, wenn Ihnen nach der Wahl die Rechnung präsentiert wird. Da werdens wohl die Kommunalumlage erhöhen müssen, denn der Landrat hat noch einiges vor, wenn er sagt: Gemeinsam haben wir viel erreicht. Und viel bleibt zu tun. – Schad, daß er nicht sagt, was er tun will, da könnt man schon eine Idee fassen, was es evtl. kosten könnt. Einer (denkt) für alle – und alle (zahlen) für einen. So könnt man die Wahlbotschaft auch entschlüsseln.

Sagens, seit Dreikönig ist doch auch im Barnim – eine gottlose Gegend, hab ich mir sagen lassen, wo sie 40 Jahre Sozialismus gottverlassen durchgestanden haben – also, seit Dreikönig ist die Weihnachtszeit vorbei.

Die Weihnachtszeit, die Zeit der frohen Botschaft! Die ist vorbei. Ab jetzt gibt es nur noch

schlechte Botschaften – alle für einen. Sagns, das muß ein großer Mann sein. Ich kenn ihn ja nicht persönlich, kann mir kein Urteil erlauben, will auch nichts über ihn sagen, was Schlechtes scho gleich gar nicht. Das wär nicht fair.

Aber da hab ich mich dann doch gewundert, gebens doch bitte noch mal her, das Barnim Echo mit seiner Anzeige.«

Die Redakteurin reicht ihm das Blatt. »Bitte, Herr Schweyk, die Anzeige, rechts unten!«

»Ja, da stehts: Wählen Sie Kompetenz und Kontinuität. Das ist eine schöne Alliteration. Kompetenz und Kontinuität.«

Er sinnt den Worten nach, will sich eine American Spirit anstecken, bemerkt das Fehlen des Aschers auf dem Tisch, realisiert das Rauchverbot in öffentlichen Gaststätten und läßt die Zigaretten wortlos in die Jackentasche verschwinden.

»Kompetenz und Kontinuität – das erinnert mich an meinen Herrn Feldkaplan, wo mit mir für Österreich im Krieg gewesen ist, der war auch für Kontinuität. Die Versorgung mit Walnußschnaps mußte bei ihm kontinuierlich gesichert sein, da durfte nichts ins Stocken geraten, da hab ich für ihn auch einmal den Feldaltar versetzen müssen, um die Kontinuität wieder herzustellen – und kompetent war der Herr Kaplan, das mögens glauben, der war nicht nur ein exzellenter Lateiner – wie der das Confitteor, also das Sündenbekenntnis in all seiner Zerknirschung heruntergebetet hat, das war immer sehr ergreifend, aber er hat sich auch beim Walnußschnaps ausgekannt, der wußte was Qualität ist und einen billigen Fusel hat er sofort zurückgewiesen. Der war für Kontinuität und Kompetenz – kurz K.u.K. so wie unserer ganze Armee geheißen hat, wo ich zuerst gedient hab.

Ob ich mich vom Ihrke engagieren lassen wollt, fragen Sie? Besser nicht. Mit K.u.K. ist vorbei, da bin ich ein für allemal bedient.

Ich empfehle mich und bitt Sie, Gnädigste, übernehmens meine Rechnung, ich hab nämlich grad kein Geld bei mir, weil ich ja gedacht hab, ich könnt mich auf die Anzeige in Ihrer Wochenendausgabe verlassen. Aber hier gibts kein Freibier, nicht einen Schluck.

Ich revanchier mich, das versprech ich Ihnen, spätestens am Freitag nachm Krieg um sechs in Prag im Kelch.«

*mitgeschrieben für das AGA von
HARTMUT LINDNER*

Spendenskandal

Noch immer nicht abgeschlossen

Noch immer gibt es keine Information über die Strafverfolgung des Spendenskandals im Juni 2006. Damals war Anzeige erstattet worden wegen des Verdachtes der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit dem Stadtwerkeverkauf. Insgesamt könnten ca. 900.000 Euro »Spenden« von den Anteilskäufern EWE und Eon.edis an die Stadt geflossen sein. Bürgermeister Reinhard Schulz wurde im Juli 2006 abgewählt. Die Spender erhielten einen Strafbefehl und zahlten sechsstellige Beträge an das Gericht für die Einstellung der gegen sie eingeleiteten Verfahren.

Als Anzeigenerstatter habe ich mit Schreiben vom 2.11.09 eine Anfrage an den Generalstaatsanwalt Brandenburg gerichtet und um eine Information zum Verfahren gegen Exbürgermeister Reinhard Schulz gebeten. Generalstaatsanwalt Kurz teilte mir daraufhin mit, daß er mein Schreiben zuständigkeitshalber an die Staatsanwaltschaft Neuruppin gesandt habe.

Staatsanwalt Klement von der Staatsanwaltschaft Neuruppin informierte mich dann, daß im April 2008 Anklage gegen Reinhard Schulz vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) erhoben wurde (Aktenzeichen 22 Wi KLs 3/08). Deshalb wandte ich mich an das Landgericht Frankfurt (Oder) mit der Bitte um einen Sachstandsbericht. Von dort erhielt ich jetzt die Antwort, daß sich die Akten derzeit beim Brandenburgischen Oberlandesgericht befinden »zur Entscheidung über eine sofortige Beschwerde«.

Konsequenterweise habe ich mich an das Oberlandesgericht Brandenburg gewandt und um Information über den aktuellen Stand der Ermittlungen in dieser Sache gebeten. Nun bin ich gespannt, an wen ich jetzt verwiesen werde, oder ob ich doch noch eine Antwort erhalte. Aber vielleicht habe ich gar keinen Anspruch auf eine Information?

Da wurde der Staatsanwaltschaft eine vermutliche Straftat angezeigt, Täter und Beweise mitgeliefert, aber nach über dreieinhalb Jahren gibt es immer noch keine Information über den Abschluß der Untersuchung bzw. über ein Urteil. Das stärkt nicht das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die abschließende Auswertung des Spendenskandals in der Stadtverwaltung läßt folglich weiter auf sich warten. Fragen nach dem Verbleib eingemommener »Spenden« bleiben weiter unbeantwortet.

Aber noch besteht Hoffnung.

ALBRECHT TRILLER

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann**

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398
Termine nach Vereinbarung

Zwanzig Jahre und kein bißchen leiser ?!

»Eins, zwei, drei im Sauseschritt ...« wußte schon Wilhelm Busch über die Zeit zu berichten. Auch der Behindertenverband Kreis Eberswalde e.V. kann mindestens ein Lied davon singen. Kaum am 23. Januar 1990 voller Enthusiasmus im Kulturhaus »Rotes Finowtal« (heute »Movie Magic Westend«) gegründet, liegen nun fast 20 Jahre hinter uns. Man mag es kaum glauben, aber ein Blick auf alte Fotos und dann in den Spiegel bringt Gewißheit. Wir haben uns verändert und vielleicht haben auch wir etwas verändert.

Ob dies auch unserem Verband gelungen ist, mag jeder aus seiner Sicht beurteilen.

Hatten wir zum Anfang noch die Hoffnung, in ein paar Jahren überflüssig zu sein, haben uns die zurückliegenden zwei Jahrzehnte eines Besseren belehrt. Zwar muß nun keiner mehr auf ein Telefon warten, technische Hilfsmittel sind zur Selbstverständlichkeit geworden, wenn die Krankenkassen oder der Geldbeutel mitspielen, aber trotz Gleichstellungsgesetzen bleiben noch viele Stolpersteine und Betonköpfe in der Stadt und auf dem Land. Grund genug, den Kopf nicht in den Sand zu stecken und die Hände nicht in den Schoß zu legen. So hat der Eintrag mit der Nummer 57 in das Vereinsregister sicher noch viele Jahre Bestand und wir streiten weiter für eine gleichberechtigte und weitestgehend selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Unter anderem durch:

- behindertenpolitische Interessenvertretung, insbesondere für eine barrierefreie Umwelt,
- Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorurteilen und zur Darstellung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen,
- Individuelle Informationen zu behinderten- und sozialrechtlichen Problemen einschließlich ausgewählter Literatur,
- Beratung zu technischen Hilfsmitteln und zur Rehabilitation,
- Wohnraumberatung im Rahmen des Beratungsdienstes »Barrierefreiheit & Mobilität« des ABB e. V.,
- praktische Hilfe bei Behördengängen und Antragstellungen (Wohnraum, Schwerbehindertenausweis, Pflegegeld),
- Unterstützung im privaten Umfeld durch Hausbesuche,

- Organisation von Veranstaltungen,
- Transport mit dem verbandseigenen behindertengerechten Kleinbus, der auch individuell ausleihbar ist,
- Trägerschaft der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe.

Ein Verband ohne Mitglieder wäre wie eine Suppe ohne Salz, fade und eintönig. Deshalb freuen wir uns, daß zur Zeit 55 Menschen mit und ohne Behinderung im Alter von 39 bis 93 Jahren zu uns gehören. Geselligkeit wird bei uns groß geschrieben. Mindestens zwei Veranstaltungen pro Monat sollen helfen, Einsamkeit zu überwinden. Besonders beliebt sind Ausflüge in unserer schönen Umgebung: so in den Eberswalder Zoo, zur Straußenfarm nach Hohenfinow oder zum Landhof Liepe. Aber auch Spiel-, Bastel- und Informationsnachmittage im Waldhaus gehören dazu. Höhepunkte sind jedes Jahr Grillfest und Weihnachtsfeier.

Mobilität und Barrierefreiheit sind uns besonders wichtig und eine Grundvoraussetzung für eine umfassende Teilnahme am öffentlichen Leben. Daher begleiten wir Eberswalde auf seinem Weg zu einer barrierefreien Stadt, der noch sehr weit ist und über manches holprige Kopfsteinpflaster führt. Im Februar 2008 konnten wir Herrn Uwe Ebert, Bauingenieur im Ruhestand, für den Beratungsdienst »Barrierefreiheit und Mobilität« gewinnen. Allerdings stehen wir hier noch am Anfang. Besonders gute Dienste leistet unser behindertengerechter Kleinbus, der seit 1995 bereits mehr als 128.000 km in den Reifen hat. So ermöglichen wir Mitgliedern unseres Verbandes und anderer Selbsthilfegruppen die Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen.

Eine gute Zusammenarbeit verbindet uns mit Frau Barbara Ebert, Beauftragte für soziale Belange der Stadt Eberswalde, die gleichzeitig für Behindertenpolitik zuständig ist. Seit 2004 sind wir, vertreten durch Margit Lauterbach, Regionalpartner für den Familienratgeber der Aktion Mensch. Klappern gehört zum Handwerk und nicht nur das mit den Zähnen. Aus diesem Grund präsentieren wir uns mehrmals

im Jahr mit einem Infostand der Öffentlichkeit. In diesem Jahr nahmen wir an der Brandenburger Landpartie in Buckow und an den Eberswalder Wirtschaftstagen (EWITA) im Familiengarten teil. Informationen über unseren Verband und die Selbsthilfe im Landkreis Barnim erfährt man auf unserer durch Karl-Heinz Lauterbach gestalteten Internetseite www.telta.de/bhwebw Bereits drei dicke Ordner füllt die Chronik unseres Verbandes, hoffentlich kommen noch einige hinzu.

Unsere Geschäftsstelle im Waldhaus ist modern ausgestattet. Sprechzeiten sind dienstags von 9 bis 12 Uhr und donnerstags von 13 bis 16 Uhr. Unsere Technik steht auch anderen Selbsthilfegruppen zur Verfügung. Der Vorstand trifft sich regelmäßig alle drei Wochen.

Seit 1995 sind wir Träger der »Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe zur Betreuung und Unterstützung von bestehenden und neuzubildenden Selbsthilfegruppen sowie Einzelpersonen«. Diese betreut 54 Selbsthilfegruppen im Landkreis Barnim. Davon nehmen 30 bis 35 regelmäßig die Angebote der Kontaktstelle wahr. Zweimal im Jahr laden wir die Sprecher der Selbsthilfegruppen zu Erfahrungsaustausch und Weiterbildung ein. Personen, die an Selbsthilfe interessiert sind, vermitteln wir in Selbsthilfegruppen oder helfen ihnen dabei, eine neue zu gründen. Zu unserem Verband gehören mit Norbert Sgolik, Mathias Damme, Norbert Friedrich und Ingo Gleibs erfolgreiche Behindertensportler. Ingo Gleibs ist amtierender Deutscher Meister im Boccia.

Die Auszeichnung des Behindertenverbandes mit dem »grünen Eber« im Jahr 2002 ist ein Beleg für unser langjähriges ehrenamtliches und gemeinnütziges Engagement. Auch drei Vorstandsmitglieder hatten bisher »Schwein« und erhielten diese Anerkennung.

Alles in allem können wir mit Stolz auf 20 Jahre Behindertenverband in Eberswalde zurück blicken. Wir erinnern uns gern an den 23. Januar 1990 und die seit dem vergangene Zeit mit all ihren Höhen und Tiefen.

KARL-HEINZ LAUTERBACH



Klaus Morgenstern, Vorsitzender des Behindertenverbandes Kreis Eberswalde e.V. nimmt symbolisch den »Barni« entgegen, der anlässlich des 20. Vereinsgeburtstages herausgegeben wurde.

Neuregelung im Einkommensteuerrecht

Eberswalde (prest-ew). Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Eberswalde, Barbara Ebert, macht darauf aufmerksam, daß zu Beginn des Jahres 2010 mit dem optionalen Faktorverfahren eine Neuregelung im Einkommensteuerrecht in Kraft getreten ist, die insbesondere für verheiratete Frauen vorteilhaft ist.

Nach diesem Verfahren können Ehepaare die Steuerklassenkombination IV/IV mit einem zusätzlichen Faktor, den das Finanzamt er-

mittelt, wählen. Dadurch wird erreicht, daß in der Regel die Ehefrau mehr Nettogehalt erhält, was sich insbesondere auf die Höhe von Entgeltersatzleistungen, die sich am Nettoeinkommen orientieren, positiv auswirkt.

Ein entsprechendes Informationsblatt kann über www.eberswalde.de oder www.masf.brandenburg.de heruntergeladen werden. Bei Bedarf ist es in gedruckter Form im Rathaus in Eberswalde, Breite Straße 41-44, erhältlich.

Bürger nicht erwünscht

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt jährlich einen Sitzungskalender, in dem die Stadtverordnetenversammlungen und Ausschusssitzungen festgehalten sind. Darunter sind auch »Reservetermine«, die nur im Bedarfsfalle genutzt werden.

Mit einem solchen Reservetermin der StVV beginnt auch das Jahr 2010 und dieser Termin soll wahrgenommen werden. Dementsprechend ging den Stadtverordneten eine Einladung für eine Sitzung am 28. Januar zu, allerdings nur für eine nichtöffentliche Sitzung. Der »Bedarf« besteht in einer einzigen Beschlussvorlage für die Sitzung – die Bestimmung der Nachfolge für den entlassenen Baudezernenten Dr. Prüger.

Die Wahl eines Dezernenten gehört zweifellos frei zu den Punkten, die in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten und zu entscheiden sind. Aber das heißt doch nicht, daß an diesem Tage nicht auch öffentliche Tagesordnungspunkte behandelt werden können. Warum wurde darauf verzichtet?

Nach § 5 der Hauptsatzung der Stadt sind die Stadtverordnetenversammlungen öffentlich, sofern nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist. Im § 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung heißt es, daß die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse grundsätzlich öffentlich sind. Im § 3 der Geschäftsordnung (Absatz 3) ist im weiteren detailliert fixiert, wie der Sitzungsablauf zu gestalten ist. Vor der Behandlung von Beschlussvorlagen, die öffentlich oder auch nichtöffentlich sein können, ist u.a. eine Einwohnerfragestunde durchzuführen und Informationen der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und Informationen aus der Stadtverwaltung zu geben. Im öffentlichen Teil ist ferner eine Abgeordnetenfragestunde vorgesehen. Auch wenn im öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung keine Beschlussvorlagen zu entscheiden sind, so müßten doch die vorgenannten Punkte Bestandteil einer öffentlichen Sitzung sein.

Zuständig für die Festlegung der Tagesordnung der StVV ist die Vorsitzende Frau Dr. Pischel im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Deshalb wandte ich mich im Namen der Fraktion Die Fraktionslosen sofort nach der Bekanntgabe der Tagesordnung an Frau Dr. Pischel:

»... fristgerecht wurde die Einladung zur StVV am 28.01.2010 an die Stadtverordneten versandt. Jedoch enthält die Einladung keinen öffentlichen Teil. Dies widerspricht der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde in Verbindung mit Geschäftsordnung der StVV. Danach sind die Stadtverordnetenversammlungen grundsätzlich öffentlich. Im § 3 der Geschäftsordnung ist der Sitzungsablauf vorgegeben, wonach am Anfang ein öffentlicher Teil vorgesehen ist.

Gründe, die ein Abweichen vom Grundsatz der Öffentlichkeit bzw. einen Verzicht auf einen öffentlichen Teil der Sitzung rechtfertigen, sind weder genannt noch nachzuzwölziehen.

Im Namen der Fraktion Die Fraktionslosen bitte ich Sie, die Übereinstimmung der Tagesordnung mit den Festlegungen der Hauptsatzung der Stadt und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung herzustellen. Neben den kommunalrechtlichen Aspekten dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß ein Ausschluß der Öffentlichkeit von einer Stadtverordnetenversammlung den erklärten Grundsätzen zur stärkeren Bürgerbeteiligung widerspricht.«

Noch war Zeit zur Korrektur. Die öffentliche Bekanntmachung im Blitz konnte noch korrekt erfolgen. Jedoch die Vorsitzende der StVV sah keine Veranlassung, den kritischen Hinweisen entsprechend zu einer öffentlichen Sitzung der StVV einzuladen. Sie antwortete, daß sie keinen Verstoß gegen das Kommunalrecht erkennen könne. Ihre eigenwillige Interpretation der Geschäftsordnung der StVV berechtigt zu Zweifeln an der Rechtskompetenz. Vor allem aber steht die Frage, und darauf geht Frau Dr. Pischel nicht ein, was gegen einen öffentlichen Teil der Sitzung spricht. Wenn Stadtverordnete, Bürgermeister und Stadtbedienstete ohnehin an der Sitzung teilnehmen, die Sitzung im gleichen Raum wie immer stattfindet, dann reduziert sich der Mehraufwand durch einen öffentlichen Teil der Sitzung auf eine mehr oder weniger längere Versammlungsdauer.

Wird der Sitzung ein öffentlicher Teil vorgeschaltet, dann haben die Einwohner einmal mehr die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Meinungen zu äußern. Sie können Informationen über die Arbeit der Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung entgegennehmen und hören, welche Fragen und Meinungen die Stadtverordneten in der öffentlichen Fragestunde der Abgeordneten äußern. Unverzichtbar für eine Stadt, die sich die Bürgerbeteiligung auf die Fahnen geschrieben hat. Ein Verzicht auf den öffentlichen Teil der StVV wirft die Frage nach dem Verhältnis von Wort und Tat auf. Wer Bürgerbeteiligung will, darf nicht bremsen, sondern muß stimulieren. Im konkreten Beispiel werden die Bürger ausgebremst.

Es ist anzunehmen, daß die Antwort von Frau Dr. Pischel mit dem städtischen Rechtssamt abgestimmt ist. Auch Bürgermeister Boginski, der die öffentliche Bekanntmachung über die Sitzung der StVV mit unterschrieben hat, scheint kein Interesse an Bürgerbeteiligung in dieser Sitzung zu haben. Auch er muß sich fragen lassen, wie ernst es ihm tatsächlich mit der auf die Fahne geschriebenen Bürgerbeteiligung ist. Bürgerbeteiligung kommt nicht von großspurigen Worten, sondern braucht viele kleine Mosaiksteine tatsächlicher Bürgerbeziehung.

ALBRECHT TRILLER

Einkaufsstandorte

Fast täglich erreichen mich Fragen, insbesondere aus den Reihen der SeniorInnen und Menschen mit Behinderungen, zu der aktuell mehr als unbefriedigenden Einkaufssituation im im Brandenburgischen Viertel.

Gespräche mit Sascha Thiem, dem Centermanager des Einkaufszentrums »Heidewald«, und Heike Müller von der Regionalleitung NETTO (schwarz) Stavenhagen ergaben, daß Verhandlungen laufen, die ehemalige Fläche von MEMA zu aktivieren. Heike Müller betonte aber, daß die Standortentscheidung von NETTO (schwarz) für das Brandenburgische Viertel maßgeblich von finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen abhängt, welches das Heidewald-Centermanagement bietet. Müller verwies auf eine nicht unerhebliche Summe, die NETTO (schwarz) investieren müsse, um auf der erweiterten Verkaufsfläche ansprechende Einkaufsbedingungen für die Kundinnen und Kunden zu schaffen.

Sollte diesbezüglich keine Einigung erfolgen, behält sich NETTO (schwarz) nach wie vor auch die Entscheidung vor, den bisherigen Standort zu verlassen. Dies würde für den Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel verheerende Auswirkungen haben.

Die Entscheidung seitens der Stadt Eberswalde dem Mitbewerber NETTO (rot) auf der Fläche des »legendären Hüttengasthofes« Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten, stellte hinsichtlich des Standorts Brandenburgisches Viertel eine kontraproduktive Entscheidung dar, welche maßgeblich die strategischen und Entscheidungen von NETTO (schwarz) beeinflusst. Meinerseits habe ich die ganz starke Hoffnung, daß die aktuell laufenden Vertragsverhandlungen erfolgreich enden werden.

CARSTEN ZINN,
Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels

Eberswalder Imker-Kiefer

Der Eberswalder Stadtwald ist ein wahres Eldorado für Berliner Imker. Denn hier finden die Meister der Bienen das Holz, was sie für die besonderen Unterkünfte des fleißigen Völkchens – den Bienenstock – benötigen.

Und: »Aus diesem Holz werden so ziemlich die besten Bienenstöcke überhaupt hergestellt«, bestätigt Josef Meinhardt, Mitglied des Imkerverbandes Berlin, der die Aktion koordiniert – angeregt übrigens durch Eberswaldes bekanntesten Imker, Prof. Dr. Hans-Joachim Bergmann. Unter den »Bienenbauten« gibt es wiederum ganz spezielle Exemplare, die Langstroth-Bienenstöcke, die auch auf der »Grünen Woche« in Berlin am Stand des Imkerverbandes Berlin in Halle 26 zu sehen waren.

Genau für diese Bienenstöcke wird das Holz der Weymouth-Kiefer benötigt. Hauptsächlich in Süd-Deutschland zu finden, gibt es auch Ressourcen dieser Kiefern im Eberswalder Stadtwald. WOLFRAM SIMON, Stadtförster

FH Eberswalde und Landkreis Barnim suchen gemeinsam

Anpassung an den Klimawandel

Eberswalde (prest-bar/fh). Einige Zusammenarbeiten liegen auf der Hand. So ist es auch mit der Fachhochschule Eberswalde, der »grünsten Hochschule Deutschlands«, und dem Landkreis Barnim. Der hat sich mit seiner Null-Emissionsstrategie dem Ziel des Klimaschutzes verschrieben und setzt es erfolgreich um. Am 6. Januar haben FH und Landkreis an bereits bestehende Kooperationen angeknüpft. Der Präsident der Fachhochschule Eberswalde, Prof. Wilhelm-Günther Vahrson und der (damalige) Barnimer Landrat Bodo Ihrke, zugleich Vorsitzender der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim, unterzeichneten in der Fachhochschule zwei Kooperationsverträge. Darin schreiben die Vertragspartner fest, gemeinsam Strategien zu erarbeiten, wie regionale Akteure mit den Auswirkungen des Klimawandels im Nordosten umgehen können.

»Wir kennen den Landkreis als sehr zuverlässigen und interessierten Partner, der sehr klimafreundlich eingestellt ist«, sagte FH-Präsident Prof. Wilhelm-Günther Vahrson am Mittwoch. Vorteilhaft an der Kooperation sei, daß am Ende des Projektes tatsächlich Handlungsoptionen vorliegen würden, die zur Umsetzung kommen. »Es ist notwendig, daß Verwaltung und Wissenschaft hier zusammen arbeiten«, fand Landrat Bodo Ihrke, auch andere Partner wie Unternehmen und Verbände seien in das Projekt miteingebunden. »Wir wollen mit unserer Null-Emissionsstrategie des Landkreises Barnim den Klimawandel bekämpfen, aber er wird ja kommen, das steht fest. Und darauf müssen wir vorbereitet sein«, erinnerte er.

Anpassungsstrategien an den Klimawandel in der Region Berlin Brandenburg werden im Rahmen des Verbundprojektes INKA BB (Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin) gesucht. Die Fachhochschule Eberswalde ist nicht nur in die Gesamtkoordination des Projektes eingebunden, sondern spielt auch bei einer ganzen Reihe von Teilprojekten eine wichtige, führende Rolle. Die wichtige Rolle, die die Fachhochschule Eberswalde in der Umsetzung des Gesamtprojektes spielt, wird einen wertvollen Beitrag zur weiteren Stärkung des Forschungsstandorts Eberswalde leisten, ist sich Wilhelm-Günther Vahrson sicher. Der Landkreis Barnim ist insbesondere im Teilprojekt 24 (»Planungsinstrumente und Pilotlösungen für eine nachhaltige Siedlungswasserwirtschaft in ländlichen Räumen«) engagiert.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim ist Praxispartner insbesondere im Teilprojekt 4 (»Klimaadaptierte Regionalplanung in den Regionen Uckermark-Barnim und Lausitz-Spreewald«). »Eine Herausforderung besonders für diese Region ist die Trockenheit«, sagte Prof. Uta Steinhart, die das Projekt INKA BB an der FH Eberswalde fachlich betreut. Das Wasser verknappe, gleichzeitig würden jedoch ex-

treime Wetterlagen zunehmen: »Am Ende sind wir ohne Wasser oder haben Wasser ohne Ende«, sagte sie. Praktiker und Forscher aus den verschiedensten Bereichen von der Landwirtschaft und Forst über Tourismus bis hin zur gewöhnlichen Trinkwasserbereitstellung müssen nun Lösungen finden, damit umzugehen. Im Projekt INKA BB wird das angepeilt.



Landrat Bodo Ihrke und Fachhochschulpräsident Prof. Wilhelm-Günther Vahrson (rechts) bei der Vertragsunterzeichnung.

CO2-Steuer auf Rindfleisch?

Man glaubt es kaum, was am 17. Januar im rbb in Brandenburg aktuell über den Bildschirm flimmerte. In einem Beitrag über die »Grüne Woche« wurde aufgefordert, weniger Rindfleisch zu essen! Weil, man beachte die Aussage, Rinder sind Wiederkäuer und bei jedem Rülpsen eines solchen Tieres gelangt Methan in die Atmosphäre.

Wer also umweltbewußt leben will, soll nur einmal in der Woche Fleisch essen. Der politisch gebildete Bürger merkt natürlich sofort, daß es hier um die ideologische Vorbereitung für den Abfallhandel auf Agrarprodukte geht. Es soll der Methanrülpsen des Rindviehs auf den Steakpreis aufgeschlagen werden.

Im Sinne der Steuergerechtigkeit müßten dann aber auch die Methangase aus der menschlichen Verdauung besteuert werden. Das wäre die Furststeuer, oder im Beamtendeutsch formuliert, der Erwerb von Emissionsrechten. Vergessen wurde, daß Methan, unabhängig von der Verdauung, bei der Verwesung von organischem Material entsteht.

Mein Vorschlag für eine saubere Umwelt wäre die Besteuerung von geistigen Blähungen wie im vorliegenden Fall oder bei vielen Aussagen von Mitgliedern der politischen Parteien in der BRD.

U. MÜLLER

Brandenburger Landprodukte

Auf den Berliner Markt

Die Internationale Grüne Woche war auch in diesem Jahr ein gutes Schaufenster für Betriebe der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft Brandenburgs. Die Landwirtschaft in Brandenburg ist gut aufgestellt. Große Potentiale gibt es bei der Verarbeitung der Produkte und deren Platzierung speziell auf dem Berliner Markt. Besonders bei veredelten, Halb- und Fertigprodukten besteht ein großes Absatzpotential. Ungebrochen ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der ökologischen Landwirtschaft und regionalen Produkten. Hier werden auf Berliner Märkten immer noch zu wenig Brandenburger Erzeugnisse angeboten. Gerade unter den Bedingungen des Klimawandels und der Verknappung von Energien sind kurze Transportwege wichtig.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Löhne der Milchbauern. Hier müssen faire Preise für gute Milch gezahlt werden. Ein Mengensteuerungssystem muß dafür sorgen, daß nicht mehr Milch produziert als nachgefragt wird.

Eine gute Möglichkeit, um den Berliner Konsumenten Brandenburgische Qualitätsprodukte bekannt zu machen, ist der Naturtourismus in den bekannten Naherholungsregionen Brandenburgs. Die Verbindung von naturnahen Landschaften mit entsprechend landwirtschaftlichen Produkten, die dort hergestellte werden, regt das Kaufverhalten an, wie an der kurz vor der Fertigstellung stehenden Schau-molkerei in Biesenthal zu sehen ist.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich für eine Initiative zur Verbesserung der Vermarktung von Landprodukten aus Brandenburg in Berlin einsetzen. Dies ist Bestandteil der Agrarwirtschaftsinitiative aus dem Koalitionsvertrag und wird nun umgesetzt.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Praktische Hilfestellung

Berlin (bbp). Auch die Bürokollegin von Michael Luthardt, die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Sabine Stüber, war auf der Grünen Woche präsent. »Es ist immer gut, ganz praktische Hilfestellung zu geben, wenn Not am Mann ist«, sagte sie. »So habe ich meine Wahlkreismitarbeiterin, die bis vor kurzem selber Käse vermarktet hat und damit eine Fachfrau ist, für einige Tage regionalen Unternehmen, wie Gut Kerkow oder der Klosterfelder Senfmühle zur Unterstützung am Stand geschickt.« Am »Uckermarkttag« am 22. Januar schaute sie dann selbst vorbei, um sich von den Qualitätsprodukten der Betriebe, vor allem aus Brandenburg, zu überzeugen. Als Beispiel für kreative Produktentwicklungen nannte sie den Bierkäse der Bauernkäserei Wolter aus der Uckermark. Aber auch die Entwicklung im Ökolandbau fand das Interesse der Abgeordneten. Die Veranstaltung »10 Jahre Tag des Ökologischen Landbaus« stand unter dem Motto »Innovation – Vielfalt – Tradition«.

Gedanken zu Wilhelm Pieck

In diesem Jahr jährt sich der Todestag des ersten Präsidenten der DDR Wilhelm Pieck zum 50. Mal. Er starb am 7. September 1960. In diesem Monat, am 3. Januar, begingen wir seinen 134. Geburtstag. In seiner humanen, fortschrittlichen Art prägte er den Aufbau der jungen DDR. Ich erinnere mich gut an diese Zeit. Viele Menschen konnten etwas werden, studierten, wurden Lehrer, Ärzte und Diplomingenieure. Andere konnten sich in der Industrie und Landwirtschaft zum Meister oder Agronom qualifizieren.

Sie alle haben ihr Wissen an mehrere Generationen weitergegeben und müssen nun erleben, wie dieses kapitalistische System solide und gut ausgebildete Menschen abstempelt und immer wieder in Tätigkeiten zwingt, die weit unter ihrem Bildungsniveau liegen. Das schadet der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft.

Das diese Menschen unzufrieden werden, ist zu verstehen. Sie erinnern sich immer mehr an die Vorzüge der sozialistischen Errungenschaften in der DDR und verurteilen mit aller Deutlichkeit dieses System. So wundert es nicht, daß über 60 Prozent der Bevölkerung die vierzig Jahre DDR zurückhaben möchten. Man lebte ruhiger, sorgenfrei und hatte seine Arbeit.

Zu all dieser Misere kommt hinzu, daß die Bundesrepublik Unsummen für Rüstung und Militär ausgibt. Wenn dann für die Gesundheit nicht genug übrig bleibt, wird die Unzufriedenheit noch größer. Die Kriegseinsätze der Bundeswehr werden immer umfangreicher, obwohl sie von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt und verurteilt werden.

Viele Ältere erinnert das an die Kriege Hitlerdeutschlands. Vom Boden der DDR wurde in den 40 Jahren kein Land überfallen und besetzt. Wir fordern ausdrücklich, daß alle Besatzungssoldaten und besonders die Deutschen, Afghanistan verlassen, „... daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. Nur so wird Afghanistan wieder zur Ruhe kommen und Frieden einziehen. Nur so wird es keine derartigen Selbstmord-Aktionen in diesem Land geben.

Diese Gedanken kamen mir in den Sinn, als ich an Wilhelm Pieck dachte.

NORBERT GLASKE

Winterwanderungen

30. Januar: Zum Hellsee (6 km). Geführt von Gerda Schmidt geht es auf eine schöne Wanderung zur Ulli-Schmidt-Hütte. Dort erwartet die Teilnehmer ein Lagerfeuer mit Kaffee, Kuchen, Gegrilltem und Getränken. Treff: 9.30 Uhr Markteiche, Marktplatz Biesenthal

14. Februar: Kleiner Schluchtenjodler (Rundwegwanderung 6 km) Wanderung entlang dem Fischweg durch die Schluchten zur Waldstadt. Treff: 13.30 Uhr Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, Bad Freienwalde.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200 oder www.berg-frei.de. B. MÜLLER

Erinnerungslücken

Kritische Nachträge zum »Supergedenkjahr« 2009. Teil 2: Persönlichkeiten

Die offizielle Geschichtssagitation hat 2009 gewaltig zugeschlagen. Allerdings ist das deutsche Gedächtnis meist kurz, auch hat staatsnahe Publizistik oft einen Tunnelblick. Im folgenden sei vor allem nachgetragen, was offiziell ignoriert, nur am Rande beachtet wurde oder was im Getöse unterging. Berücksichtigt werden nur Geburtstage, neben den »großen« Jahrestagen in subjektiver Auswahl - einige »kleinere«, wie ja überhaupt die Sitte, an Persönlichkeiten anlässlich runder Lebensdaten zu erinnern, etwas Subjektives hat.

Vor 400 Jahren, am 5. Oktober 1609, wurde in Hartenstein/Sa. Paul Fleming geboren, einer der begabtesten Dichter in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Reisen nach Rußland und Persien, Medizinstudium in Leiden. Er starb, gerade zum Doktor der Medizin promoviert, mit nur 31 Jahren 1640 in Hamburg.

Völlig übergangen wurde in den Medien der 300. Geburtstag des Philosophen und Arztes Julien Offray de Lamettrie (1709-1751), eines wichtigen Wortführers der Aufklärung. Als konsequenter (mechanischer) Materialist sah er das Denken als Körperfunktion und verstand den Körper als Maschine. In Frankreich vom Tod bedroht, starb er als Emigrant im Berlin des Freigeistes Friedrich II.

Offiziell vergessen wurden die 250. Geburtstage des Advokaten, feurigen Redners und Revolutionärs Georges Danton (1759-1794) – großartig gewürdigt von Georg Büchner in dessen Drama »Dantons Tod« – und des knorrigen konservativen Generals Hans David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg (1759-1830). Der preußische Feldmarschall war ein Feind der Revolution und des napoleonischen Frankreich, aber auch kein Freund der preußischen Reformer. Scharnhorst hatte – im Vertrauen auf dessen Franzosenfeindschaft – dennoch die Ernennung Yorcks zum Kommandeur des preußischen Hilfskorps für Napoleon veranlaßt. Yorck verließ im Dezember 1812 unter schweren Gewissensnöten und gegen den Willen des damals noch frankreichtreuen Königs das Bündnis mit Napoleon I. (Konvention von Taugoggen). Erinnerungen an Bündnisse mit Rußland sind derzeit nicht in Mode, an Revolutionäre und an wirkliche Zivilcourage und mutiges, eigenständiges Handeln schon gar nicht.

Die 200. Geburtstage von Mendelssohn-Bartholdy und Charles Darwin (beide 1809) wurden in Feulletons, Kultur- und Wissenschaftssendungen gewürdigt. Übersehen wurden aber ihre Altersgenossen Edgar Allan Poe, Autor erfolgreicher Kriminal- und Gruselerszählungen, und der Ukrainer Nikolai Gogol, neben Puschkin der erste in der Reihe großer Namen, die Rußland zur Weltliteratur beisteuerte. Wenig Resonanz fand auch der Geburtstag des französischen Publizisten und Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon (»Eigentum ist Diebstahl«)

Vor 150 Jahren (1859) wurden der jiddische Dichter Scholem Alejchem (»Tewje der Milchmann«), der norwegische Erzähler Knut Ham-



Der französische Publizist und Anarchist Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865) zu den »vergessenen« Persönlichkeiten mit runden Geburtstagen im »Gedenkjahr« 2009 (Foto aus dem Jahr 1862). Wenig salongfähig heutzutage ist insbesondere seine Aussage »Eigentum ist Diebstahl«.

sun (»Segen der Erde«, Nobelpreis), der französische Sozialist, engagierte Dreyfus-Verteidiger und Kriegsgegner Jean Jaurès (ermordet August 1914) sowie der Flugzeugingenieur und Unternehmer Hugo Junkers geboren. Nur letzterer bekam einige Zeitungszeilen zugewiesen.

An 100. Geburtstagen (1909) waren zu würdigen der hervorragende afrikanische Unabhängigkeitskämpfer Kwame Nkrumah, 1952 Premier und 1960 Präsident von Ghana (Goldküste), der ehemalige sowjetische Außenminister Anatolij Gromyko, der ungarische Dichter Miklos Radnoti (1944 von den Faschisten erschossen), die Studentin Liselotte Herrmann (1938 als erste Frau von den Nazis hingerichtet) und der Oberleutnant im Luftfahrtministerium und antifaschistische Widerstandskämpfer Harro Schulze-Boysen (»Rote Kapelle«), hingerichtet 1942. Es versteht sich, daß keine dieser Persönlichkeiten bei den Offiziellen des Geschichtsmarketing in besonderer Gunst steht.

Drei Persönlichkeiten sollen im Schlußteil dieses Artikels in der nächsten BBP eingehender betrachtet werden: der katholische Feldmarschall Tilly (450. Geburtstag), Napoleon Bonaparte (240. GT), Josef Stalin (130. GT).

ROLF RICHTER

»Telekomstraße« vor Entwidmung bewahrt

Die Stadtverordneten von Biesenthal haben sich in die Bresche geworfen, um die Entwidmung der Straße zwischen Finow und Biesenthal zu verhindern. An einen Ausbau auf Kosten Biesenthals wird nicht gedacht (zumal ein großer Teil der Straße auf Biesenthals Territorium schon – auf Kosten des Landes – ausgebaut ist). Eine Beteiligung der Stadt Eberswalde am Straßenausbau erscheint illusorisch. Zu hoch sind die Kosten, zu gering die Bedeutung für die Stadt. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß das Land die Straße in einem nutzbaren Zustand an die Gemeinden übergibt. Nutzbar, zumindest eingeschränkt, war die Straße, bevor das Land – unter Umgehung der eigenen Gesetze – mit dem Ausbau begonnen hatte. Offenbar fiel der StVV-Beschluß in Biesenthal ohne die Forderung ans Land zu stellen, die Straße wieder in dem Zustand herzustellen, wie er vor Beginn der Ausbaumaßnahmen war. Mit einer solchen Wiederherstellung des Zustands von ca. 1990/91 könnten sich auch die meisten jener Bürgerinnen und Bürger anfreunden, welche die BI gegen den Ausbau der »Telekomstraße« unterstützten. Die BI hatte auch nur das »gegen den Ausbau« zur Autobahnumgebung im Namen, nicht die Entwidmung.

Aber ist dieses Problem überhaupt ein Problem zwischen Land und Gemeinden?

Die Straße zwischen Finow und Biesenthal ist eine Straße, die (wäre sie funktionstüchtig) dem zwischen- und überörtlichen Verkehr innerhalb des Landkreises dienen würde. Diese Funktionen werden in der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich durch Kreisstraßen wahrgenommen. Hat sich der Landkreis bisher zu dieser Verantwortung geäußert? Soweit ich mich erinnere, gab es Zusagen für finanzielle Zuschüsse, die zulasten anderer Investitionen im Kreis gegangen wären. Zudem wären erhebliche Kosten an den Gemeinden hängen geblieben, insbesondere an Eberswalde, weil auf Eberswalder Territorium nicht nur der größere Teil der Straße liegt, sondern auch die aus ökologischen Gründen besonders komplizierten Strecken. Die versprochene finanzielle Förderung durch den Landkreis war genau genommen nichts anderes als der Versuch, sich aus der Verantwortung freizukaufen. Mithin ist die »Telekomstraße« eine der unbewältigten Baustellen, die Ex-Landrat Bodo Ihrke hinterläßt. Ein/e künftige/r Landrätin/-rat wird sich auch darum kümmern müssen.

GERD MARKMANN

Neue Infoseite zu Nazis

Biesenthal (bbp). Seit Dezember 2009 gibt es unter <http://biesenthal.blogspot.de> eine Infoseite im Internet, die sich speziell den Naziaktivitäten in Biesenthal und Umgebung widmen will. Herausgeber ist das »Rechercheteam Biesenthal«, das davon ausgeht, »nur wenn die BiesenthalerInnen wirklich umfassend informiert werden, sind sie in der Lage sich aktiv und wirkungsvoll dem Treiben der örtlichen Naziszene entgegenzustellen«. Im jüngsten Beitrag geht es um den »Datenklau« des Chaos Computer Clubs bei der Firma Thor Steinar. Auf der gehackten Liste mit Thor Steinar-Kunden sind auch Namen und Adressen von elf BiesenthalerInnen. Unter ihnen der örtliche NPD-Funktionär Mike Sandow. Er benutzte dabei die Mailadresse reinhard.heydrich@web.de. Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer und General der Polizei, war als Leiter des Reichssicherheitshauptamts und Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren für zahlreiche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitverantwortlich. 1941 wurde er von Hermann Göring mit der so genannten »Endlösung der Judenfrage« beauftragt und war ab da der eigentliche Organisator des Holocausts. So leitete er am 20. Januar 1942 in Berlin die so genannte »Wannsee-Konferenz«.

600. Veranstaltung im fünften Jubiläumsjahr

Das Jahr 2009 war für die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V., welche aus den Wanderfalken hervorgingen, mit 91 Veranstaltungen ein sehr arbeitsreiches Jahr. Dabei konnten 1.414 Teilnehmer gezählt werden. Die meisten Besucher kommen im Winterhalbjahr. Besonders gut liefen die Monate Januar und Dezember. Fünfzig Veranstaltungen waren Wanderungen, also über die Hälfte der 2009er Veranstaltungen. Vier Radtouren wurden durchgeführt, wobei wir wieder bei »Brandenburg radelt an« dabei waren. Eine wunderschöne Kanutour, geführt vom NaturFreund Karsten (Kanu) Förster ging zum Schiffshebewerk. Bereits zum drittenmal führte er in diesem Jahr eine Ferienpaddeltour für Kinder und Jugendliche erfolgreich durch. Für 2010 sind bereits alle Plätze reserviert. Aber auch Arbeitseinsätze für unsere schöne Landschaft standen auf dem Programm. So wurde in der Nähe des Bad Freienwalder Moorbades eine Hainbuchenhecke um den Brunnenkirchhof gepflanzt und der Freienwalder Landgraben entmüllt. Außerdem gab es zwei Feste, zwei Tagestouren und eine Kulturführung. Besonders stark waren wir 2009 auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit. So führten wir auf 29 Touren 318 Kinder 85 Kilometer durch die heimatliche Natur. Manche kennen nicht einmal das Schiffshebewerk. Aber natürlich liegt das besondere Augenmerk auf eher weniger bekannte Orte. Es ist erfreulich, wie die Kinder Ihre Heimat kennen und lieben lernen. Auch der Umgang mit

Karten und Kompaß wird geübt. Einige Erfahrungen werden wohl auch bei den Erwachsenentouren übernommen werden.

Gemeinsames Erleben fördert eben Gesundheit, Geist und Seele. Durch die vielen Touren lernten die Gäste viele Regionen Ostbrandenburgs kennen. Auch der polnische Teil der Oderregion wird regelmäßig besucht und Geschichte lebendig gemacht. Dadurch entsteht auch Liebe zur Landschaft und Natur. Deshalb sind viele auch traurig, wenn diese schöne Landschaft durch überdimensionierte Großprojekte zerstört oder zerschnitten wird, wie zum Beispiel durch die geplante B167/B158.

Aktuell hat der Verein 40 Mitglieder. Um noch mehr sozial schwachen Menschen die Mitgliedschaft zu ermöglichen, wurde ein Sozialtarif eingeführt. Bei den Veranstaltungen sind meist Gäste der Region dabei, denn die NaturFreunde verstehen sich als Verein für die Förderung des sanften Tourismus und dem Schutz der Natur. Der Großteil der Gäste der Veranstaltungen kommt aus dem Barnim oder Berlin. Aber auch von außerhalb von Brandenburg hatten wir schon Besucher. Seit der ersten Tour mit Bernd Müller am 4. Mai 2002 wurden bis zum Jahresende 2009 immerhin 13.731 Gäste bei 599 Veranstaltungen begrüßt.

Die 600. Veranstaltung war dann die Neujahrspaddeltour in Oderberg. Ein toller Auftakt in das Jubiläumsjahr 2010, denn die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland begingen am 1.3.2010 ihr fünfjähriges Jubiläum. Zwei Jahre

davor waren sie als Wanderfalken unterwegs, so daß es die Gruppe bereits sieben Jahre gibt.

Doch die NaturFreunde wollen sich weiterentwickeln. So ist bereits ein Natura Trail, ein Wanderweg in Natura 2000 Gebieten, bei Oderberg geplant. Weiterhin hat Vereinsvorsitzender Müller bereits einige Wanderleiter nachgezogen. Als jüngste Wanderleiterin konnte Nicole Wiede gewonnen werden, die sich besonders bei den Baasee-Touren bereits bewährt hat.

Da jeder Mensch die Führungen anders macht, spricht auch jeder Wanderleiter anderes Publikum an. Deshalb sucht der Verein weitere Wanderleiter. Dabei reicht eigentlich bereits die Liebe zur Natur, Kultur und Landschaft, um ein guter Wanderleiter zu sein. Eine gute Ortskenntnis gehört natürlich auch dazu.

Also, wer Lust hat, anderen Menschen sein Dorf und dessen Umgebung zu zeigen, melde sich einfach unverbindlich bei den NaturFreunden, denn Vielfalt macht Freude.

Wer mehr Informationen über die Veranstaltungen oder über die NaturFreunde haben möchte, kann sich Informationsmaterial unter 03344-333200 oder im Internet unter www.berg-frei.de anfordern. Eine Mitgliedschaft ist zur Teilnahme an den Veranstaltungen nicht erforderlich. **BERND MÜLLER**

Die NaturFreunde Deutschlands
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.
Brandfichtenweg 1, 16259 Bad Freienwalde
Telefon 03344-333200 oder 03344-425000,
Mobil 0160-7500540, www.berg-frei.de

Schönbohm und Stillosigkeit

Von geradezu exzellenter Stilbewußtheit zeugt, daß sich Jörg Schönbohm für seine jüngsten Weisheiten ausgerechnet BILD gechartert hat, das Schmuddeblatt, das für erlesenen Geschmack und edlen Sprachstil bekannt ist. Nicht minder interessant ist, daß im Interview mit dem scharfsinnigen Ex-Innenminister ausgerechnet der Umgang des Zonenpöbels mit klammotten gerügt wurde. Von einem, der außerhäusig stets im blauen, langen langen Wallemantel – der Uniform der Wichtigen – und sonst im oliven Karosakko – dem Privatdress der Oberklasse – zu sehen war. Und in einer Zeitung, deren Konterfeis, sofern Weibliches zeigend, allenfalls zwickelige Slips oder knappe Büstenheber tragen. Und als Parteifreund der unsäglichen Vera Lengsfeld – man erinnere sich ihres heftig belachten Busenplakats, mit dem sie und die Kanzlerin vierbrüstig die Leute erschreckten. All dies Belege für den deutschen Leitstil, wie er nur in Einigkeit und Freiheit gedeiht.

Der Ossi hingegen läuft noch immer im Präsent 20-Anzug herum, sehnt sich nach den Wisent-Jeans aus Templin (!), und nie wurde ein Hartzvierer im Besserverdienendenmantel auffällig. Nun haben wir euch endlich Modeniveau, Versandhauskataloge und C&A gebracht, überließen euch mit Herrn von Hagen einen professionellen Leichenschänder und ließen gar den Dauerjugendlichen Joop (!) auf Brandenburg los – aber was ist der Dank?

»... eine weit verbreitete Stillosigkeit als Folge der Entbürgerlichung der DDR.« Der beißtolle Jörg wäre kein guter Demagoge, wenn er bei dieser Gelegenheit darauf verzichtet hätte, hiesige Behörden abzuwatschen, »durch die noch der Geist der DDR« wehe, und dem neuen Kabinett in die Suppe zu spucken. Generäle sind stets miserable Verlierer, und daß sie mit dem Wahlvolk umgehen wie mit unfolgsamen Muschkoten, gehört zu ihren berufsbedingten Macken ebenso wie arrogante Schnöseligkeit.

Einäugigkeit aber, die sanfte oder brutale Beugung der Wahrheit und politische Beschränktheit sind Führungsqualitäten, die in Schönbohm ihre spezielle Ausprägung finden. Daß er einen mehrfachen Kindermord als Folge der »Zwangsproletarisierung« bezeichnete, daß er der rechtsextremen Postille »Junge Freiheit« ein Interview gab, daß er in die CDU-Ministerriege seinerzeit eine üble Blockflöte aufnahm, die kurz vor dem Aushauchen der DDR den Kapitalismus zertrümmern und die Westler auf den Mond schicken wollte; daß er nie versäumte, Linke und Neonazis in einem Atemzug zu nuscheln, weist ihn als Person aus, die getrost als Verkörperung aller demokratischen Tugenden bezeichnet werden kann, ja muß.

Als Regine Hildebrandt ihn einst ein Arschloch nannte – was nicht unbedingt dem feinen Stil entsprach – konnte sie doch, anders als Schönbohm mit seinen Äußerungen – auf dem Wahrheitsgehalt der ihren bestehen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Nachträgliches zur Landratswahl:

Herr Ix geht wählen

Bürger Ix, entschlossen, an der Landratswahl teilzunehmen, war am 10. Januar verhindert. Daher stimmte er vorher im Briefwahllokal im Eberswalder Rathaus ab, wo man seine Wahlbenachrichtigungskarte (WBK) entgegennahm, ohne sie ihm zurückzugeben. Eigentlich hätte er sie ja für den zweiten Wahlgang, die Stichwahl noch gebraucht. Darüber machte sich Herr Ix weiter keine Gedanken. Als erfahrener Wähler wußte er, daß er auch ohne WBK, nur mit dem Personalausweis, wählen konnte.

Später fand er Briefwahlunterlagen in der Post, die er gar nicht angefordert hatte, denn zur Stichwahl konnte er wählen. Sein Wahllokal lag gleich um die Ecke, also wollte er sich nicht erst um die Briefwahl bemühen. Er wunderte sich also sehr, denn er meinte, es sei doch seine Entscheidung, wie er wählen wollte, nicht Sache der Verwaltung. Da er wußte, er konnte auf jeden Fall in seinem Wahllokal wählen, und da er noch anderes zu tun hatte, als nur dieser Sache auf den Grund zu gehen, hob er einfach die Briefwahlunterlagen auf.

Am Freitag vor dem Wahltermin kamen ihm doch Bedenken. Er rief das Bürgerbüro an, landete aber beim Anrufbeantworter. Das war verständlich, es war vierzehn Uhr und am Freitag nach eins..., na ja. Vom Leiter des Bürgerbüros, Herrn Herold, erfuhr Herr Ix nach der Wahl, am Freitag nachmittag wäre das Amt doch besetzt gewesen, zu erreichen allerdings nur unter einer anderen Nummer. Die stand in der WBK, aber die hatte Herr Ix ja nun nicht.

Was sollte er tun, er ging am Sonntag um 17 Uhr in sein Wahllokal. Die Wahllokalleiterin stellte fest, er habe Briefwahlunterlagen er-

halten, also könne er im Lokal nicht wählen. Das wußte Herr Ix eigentlich anders. Ja, meinte die Leiterin, sie hätte Anweisung (das war korrekt), nach 15 Uhr keine Briefwahl mehr zuzulassen. Herr Ix, der ja gar keine Briefwahl wollte, müsse zur Kreiswahlleiterin ins Kreishaus gehen. Wo die dort zu finden war, wußte sie nicht. Herr Herold, den sie widerstrebend nochmals anrief, wußte es auch nicht. Und beide sagten nicht, daß Herr Ix einfach bis 18 Uhr im Rathaus wählen konnte. Herr Ypsilon und Herr Zett wären wohl einfach nach Hause gegangen. Herr Ix jedoch stürmte über vereiste Straßen zum Kreishaus, fand die Kreiswahlleiterin und gab seine Stimme ab.

Später erklärte Herr Herold im Rathaus, Herr Ix sei an der Sache eigentlich selbst schuld. Er habe die WBK zwar unterschrieben, die verschiedenen Kreuze (zur Adresse, die auf der Rückseite stand) aber nicht geleistet. Eigentlich wäre sie also ungültig gewesen, gnädigerweise hätte die Verwaltung auf solche Karten mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen reagiert. Fehler der Verwaltung lägen nicht vor. Da die WBK nur eine Information und für die Stimmabgabe nicht nötig ist, fehlende Angaben darauf nach Hinweis auch noch im Wahllokal ergänzt werden konnten, die amtliche Adressenangabe einfach durch die Tatsache bestätigt war, daß der Wähler die WBK erhalten hatte, diese aber »eigentlich ungültig« war, wird man über Herrn Herolds Auskunft lange nachdenken müssen. Früher hätte man wohl geseufzt: »Gott erhalte Franz, den Kaiser.« Der Name des Herrn Ix ist der Redaktion bekannt, zumal er mit dem Verfasser identisch ist.

ROLF RICHTER

Julklapp unter Freunden

In gemütlicher Atmosphäre, im gut geheizten, festlich vorbereiteten Raum führte die Basisgruppe Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) ihr letztes Treffen 2009 durch. Alten Traditionen folgend stand es angesichts des bevorstehenden Weihnachtsfestes ganz im Geiste der Freundschaft und Fröhlichkeit untereinander, aber auch des besinnlichen Wortes. Unsere »Regieführerin« stimmte die ersten Weihnachtslieder an und alle sangen sofort gern mit. Mit dem von ihr vorgetragenen Text aus der »Weihnachtsvorbereitung in der Familie des Ottokar Dommer« kam Heiterkeit auf und viele wußten von kleinen Begebenheiten aus ihren jungen Jahren im Familienkreis zu berichten. Bei warmen Getränken und weihnachtlichem Gebäck verging die Zeit wie im Fluge. Mit Gepolter und gut verkleidet sorgte dann der Weihnachtsmann für die Überraschung, denn: aus dem großen originellen Jutesack zauberte dieser mit Hilfe seiner Assistentin Maria für jeden ein sorgfältig vor-

bereitetes Päckchen hervor. Jeder Beschenkte leistete einen kleinen Text- oder Liedbeitrag und steigerte damit die Stimmung. Herzlich begrüßt und in der fröhlichen Runde waren die Gäste der Eberswalder Basisgruppe von »Kontakt e.V.«, die auch nicht mit leeren »Händen« kamen, sondern in Deutsch und Russisch das ungezwungene Programm bereicherten.

Nicht vergessen wurden die aus Krankheitsgründen fehlenden Mitglieder der Gruppe. Für sie machten Glückwünsche in Kartenform, die alle unterschrieben, die Runde und wurden anderntags überbracht. Beschwingt klang der schöne Nachmittag aus und jeder trat den Heimweg im sicheren Bewußtsein an, die Kulturkommission sorgt dafür, daß es zu Beginn des neuen Jahres bald wieder ein Treffen geben wird, das den Gedanken der Freundschaft und der Zusammengehörigkeit auch ohne staatliche Doktrinen weiterhin pflegt.

HELMUT BRAUNSCHWEIG,
Basisgruppe Eberswalde der BFG

Bürgerpost-Autoren 2009

Ein Jahr des Wandels liegt hinter uns. Viele dieser Veränderungen sind noch im Fluß, so daß niemand sicher weiß, wie es weitergeht. Für die »Barnimer Bürgerpost« wandelte sich vor allem die Adresse. Umzug und Neueinrichtung nahmen viel Kraft in Anspruch. Die alte Adresse in der Lehnitzseestraße gibt es nicht mehr. Das Haus ist abgerissen. Wie so vieles.

Die gesellschaftliche Entwicklung des Jahres war geprägt von den Auswirkungen der ökonomischen Krise und politischen Wechsell. In Eberswalde und im Kreis Barnim räumten die LINKEN bei den Wahlen zum Bundes- und Landtag regelrecht ab und lösten in der Dominanz die SPD ab. Umso heftiger agierte letztere bei der Verteidigung ihrer letzten politischen Bastion, der Position des Landrats. Aber das ist zum großen Teil schon Geschichte des neuen Jahres.

An der inhaltlichen Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost« arbeiteten 2009 insgesamt 105 Autorinnen und Autoren mit (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100, 2005: 108, 2006: 124, 2007: 119, 2008: 98). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, Lothar Amlow, Ute Bankwitz, Andrea Baurath und Küran Hasselhuhn, Cornelia Behm, Uwe Berger, Marcel Block, Katja Bobsin, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Karl Dietz, Thomas Dyr, Barbara Ebert, Heike Ecke, Monika Ehrhard-Lakomy, Dr. Dagmar Enkelmann, Frank Escholz, Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Daniel Fischer, Ingrid Fischer, Stephan Fischer, Stefan Förder, Ute Frey, Stephan Frink, Hanns-Peter Giering, Thomas Gilles, Andreas Gläßer, Florian Görner, Dr. Eckhard Groll, Anett Hanke, Franz Hasse, Waldemar Hickel, Martin Hoeck, Hannes Hohn, Irina Holzmann, Kai Jahns, Ulrich Jochimsen, Conny Kelz, Holger Kliche, Birgit Klitzke, Andreas Köhn, Volkhard Köppe, Jan Korte, Ute Krakau, Birgit Kühn,

Veiko Kunkis, Karl-Dietrich Laffin, Hartmut Lindner, Alexandr Lopyrow, Roswita Ludwig, Hardy Lux, Margitta Mächtigt, Johannes Madeja, Arnaud Malterer, Silke Markmann, Sergej Matis, Michael Maurer, Bärbel Mierau, Martin Mittner, Bernd Müller, Hans-Jürgen Müller, Udo Muszynski, Eugen Nowak, Karen Oehler, Beatrix von Pappritz, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Thomas Pfeiffer, Hans Pieper, Gerhard Popien, Christian Rehmer, Rolf Richter, Dr. Gerd Roth, Wolfgang Sachse, Marianne Schlestein, Alfred Schmidt, Anastasia Schmidt und Sultan Tanriverdi, Katja Schmidt, Jörg Schneidereit, Antje Schultz, Hartwin Schulz, Manfred Schwarz, Ronny Sdunzik, Wulf Sonnemann, Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Cornelia Sprengel, Stefan Stahlbaum, Dr. Andreas Steiner, Sabine Stüber, Dr. Jürgen Stolpe, Martin Suchanek, Andreas Sult, Dorian Matthias Tavernier, Dr. Rainer Thiel, Norbert Thiele, Petra Thiele, Albrecht Triller, Ilse Weber, Rainer Weigt, Jenny Wörpel, Margot Ziemann und Carsten Zinn.

In Interviews äußerten sich Justo Cruz von »Cuba Si« und die Vorsitzende des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Brandenburg e.V. (ABB) Andrea Peisker.

Dank auch für die gute Zusammenarbeit mit den Pressestellen der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim sowie den Presseverantwortlichen der verschiedensten Organisationen und Initiativen.

Ein besonderer Dank gilt unseren fleißigen Verteilern, die mit ihrem tätigen Engagement dafür sorgen, daß die »Barnimer Bürgerpost« in jedem Monat zu Ihnen kommt, sowie allen Spenderinnen und Spendern, die meist mittels Förderabonnement für die sichere finanzielle Grundlage unserer Zeitung beitragen.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

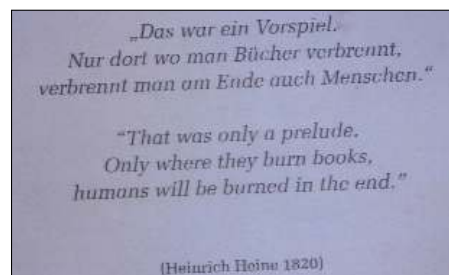
Eventoren am Werk

Ein Interpunktionsfehler entstellt den Sinn eines Heinezitats

Für die von Mercedes-Benz gesponserte Fashionweek Berlin 2010 wurde das Mahnmal des Künstlers Micha Ullmann, das an die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 auf dem damaligen Opernplatz in Berlin, heute Bebelplatz, erinnert, mit einem Eventzelt überbaut.

Der Veranstalter hatte sich gegenüber dem Kultursenat zu einem respektvollen Umgang mit dem Denkmal verpflichtet, und zugesagt, Besuchern den Zugang zum Mahnmal zu garantieren.

Durch die fehlerhafte Wiedergabe des Textes einer Metallplatte, die durch das Eventzelt verdeckt wird, wird der Sinn des Heinezitats und damit des Mahnmals entstellt. Diese sinnentstellende Wiedergabe des Zitats findet sich auch auf den von den Eventmanagern am Zugang zum Mahnmal angebrachten Erklärungs-



tafeln. Auch die englische Version ist sinnentstellend (siehe Foto).

Heines Text aus dem Versdrama *Almansor* lautet:

»Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.« (V.243-244)

HARTMUT LINDNER

Kleine Galerie Eberswalde Erste Ausstellung 2010

Eberswalde (prest-ew). Für den 3. Februar, 19.30 Uhr, laden Bürgermeister Friedhelm Boginski und Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher zur Eröffnung der ersten von insgesamt fünf Ausstellungen in diesem Jahr in die Kleine Galerie ein. »Poesie auf Leinwand« – so der Titel der Bilder des in Schottland gebürtigen Malers Gerald Morten Miller, kurz: Gerry Miller.

Er lebt und arbeitet seit 2000 in Fürstenwalde und stellt nun seine Arbeiten zum ersten Mal in Eberswalde bis zum 7. April 2010 aus.

Die Werke Gerry Millers sind in der Kleinen Galerie zu den Öffnungszeiten der Sparkasse Barnim zu besichtigen. (www.gerry-miller.de)

Bei den LINKEN am 6. Februar »Tag der offenen Tür«

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt, beide DIE LINKE, veranstalten zur Eröffnung ihres gemeinsamen Wahlkreisbüros am 6. Februar, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr, einen Tag der offenen Tür in den Büroräumen in der Breiten Straße 46 in Eberswalde. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, mit den beiden direkt gewählten Abgeordneten persönlich ins Gespräch zu kommen, ihnen Fragen, Anregungen oder Probleme zu übermitteln oder sich einfach einmal bei einer Tasse Kaffee die Räumlichkeiten anzuschauen.

CINDY PANZER

Ordnungsgeld & Haft contra Basisgewerkschaft*

Die Geschäftsführung des halbkommunalen Kinos Babylon Mitte in Berlin beantragte am 12. Januar beim Landgericht Berlin »ein empfindliches Ordnungsgeld in angemessener Höhe [oder] Ordnungshaft, zu vollstrecken an den ... Sekretären« der FAU Berlin.

Der FAU Berlin wurden bereits im letzten Jahr zunächst Arbeitskämpfmaßnahmen gerichtlich untersagt und schließlich das Recht abgesprochen, sich als »Gewerkschaft« oder »Basisgewerkschaft« zu bezeichnen. Nach Ansicht der Klägerin habe die FAU Berlin gegen diese Unterlassung verstoßen. Es drohen ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro oder er-

satzweise Haft bis zu sechs Monaten. Dazu Lars Röhm, Sekretär der FAU Berlin: »De facto handelt es sich unseres Erachtens um ein Gewerkschaftsverbot, das gegen das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und internationale Konventionen, etwa der ILO, verstößt. Die akute Bedrohung einer Arbeitnehmerorganisation mit Haftstrafen verleiht dem nun auch eine menschenrechtlich bedenkliche Dimension. Einmal mehr verdeutlicht der Antrag der Geschäftsführung deren arbeitnehmerfeindliche Gesinnung.«

FAU Berlin

* redaktionelle Überschrift stammt nicht von der FAU
Weitere Informationen: <http://www.fau.org/verbot>

Liberaler Stammtisch

Am 5. Februar, um 19 Uhr,
im Weinkontor

(Friedrich-Engels-Str. 14, Eberswalde).

Gäste sind herzlich willkommen.

Diesmal hält für uns der Kinderarzt Dr. Siegfried Adler einen kleinen Vortrag über »**Verantwortung und Ethik in der Politik**« halten. Anschließend ist Raum für Gedankenaustausch. Für Anmeldung und Rückfragen www.fdp-eberswalde.de

INGO POSTLER

(Stellv. Vorsitzender FDP Eberswalde)



impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: ABB, Birkemeier, Markmann, Matis, Schlestein, Triller, Wikipedia

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 23. Januar 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20.2.2010, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)